

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36 Schlessische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer) Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944	<b>Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!</b>	Erscheint wöchentlich am Freitag Bezugspreis: monatlich durch die Post 50 Pf.
--	---	---

## Der Reichshaushaltswurf für das Jahr 1929

Was der Gemeinde- und Staatsarbeiter darüber wissen muß

II. (Schluß.)

**G**egen die Entwicklung des Reichshaushaltsplanes in den letzten Jahren und gegen seine innere Gestaltung sind von den verschiedensten Seiten scharfe, mehr oder minder sachliche Angriffe gerichtet worden. Diese Angriffe zielten einmal gegen das andauernde Steigen der Ausgaben überhaupt und damit letzten Endes gegen den steigenden Finanzbedarf des Reiches und ferner gegen die innere Struktur des Reichshaushaltsplans, d. h. gegen die Art und die Verteilung der Ausgaben.

Der erste Einwand scheint insofern auf den ersten Blick berechtigt zu sein, als die Ausgaben des Reiches allerdings von 7,88 Milliarden im Jahre 1925 auf 10,05 Milliarden im Jahre 1929 angewachsen sind. Er verliert aber seine scheinbare Berechtigung, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1925 die gesamten inneren und äußeren Kriegslasten, soweit sie aus dem Reichshaushalt bestritten werden, 2,26 Milliarden betragen, sie aber im Jahre 1929 3,48 Milliarden verschlingen, also allein 1,22 Milliarden mehr erfordern. Hinzu kommt, daß auch die Ueberweisungen an die Länder steigende Beträge aufweisen, und zwar nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig, da gerade die Steuern, an deren Aufkommen die Länder und Gemeinden prozentual beteiligt sind, in stärkerem Maße anwachsen, als die dem Reich verbleibenden Steuern. Ferner sind durch die Aufwertungsgesetzgebung der letzten Jahre große Summen festgelegt worden, von denen das Reich im Grunde genommen nichts hat.

Im folgenden werden die Endsummen der Reichsetats seit 1925 in die einzelnen großen Ausgabeposten zergliedert. Die dafür angegebenen Summen sind von verschiedenen, die klare Uebersicht beeinträchtigenden Posten bereinigt, und außerdem sind die Verwaltungseinnahmen von den Ausgaben gleich abgesetzt worden. Es ergibt sich dann folgende Zahlenreihe, die den gesamten Zuschußbedarf der Hoheitsverwaltungen des Reichs darstellt (in Millionen Reichsmark):

1925	1926	1927	1928	1929
6939,6	8246,7	9101,5	9415,0	9851,6

Wenn man von diesen Summen zunächst die Steuerüberweisungen und den Reichszuschuß für polizeiliche Zwecke an die Länder absetzt, so ergibt sich folgende Reihe:

1925	1926	1927	1928	1929
4167,8	5417,5	5887,5	6018,2	6380,7

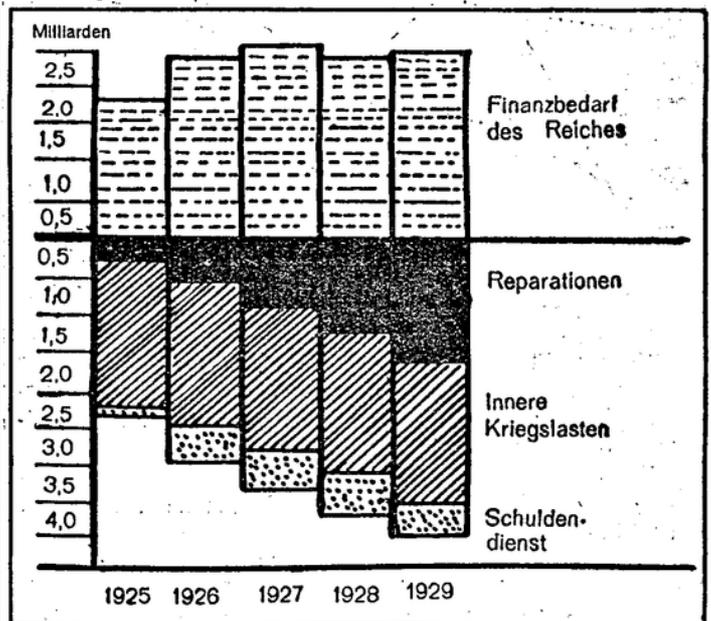
Von diesen Beträgen muß das Reich einmal bezahlen die Reparationslasten und die gesamten inneren Kriegslasten. Ferner die Aufwendungen für den Schuldendienst, d. h. die Verzinsung und Tilgung der Reichsanleihen, einschließlich der dafür erforderlichen Reichsbehörden. Von der letzten Zahlenreihe sind also nochmals in Abzug zu bringen folgende Summen:

	Reparationen	Innere Kriegslasten	Schuldendienst	zusammen
	in Millionen Mark			
1925	291,3	1967,5	111,1	2369,9
1926	549,4	1938,6	358,2	3026,2
1927	899,2	1891,2	541,4	3331,8
1928	1239,0	1948,9	494,7	3682,6
1929	1534,1	1948,0	452,3	3934,4

Dem Reich verbleiben somit zur Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben auf dem Gebiete der gesamten inneren und äußeren Verwaltung, der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik und für die Wehrmacht folgende Summen:

1925	1926	1927	1928	1929
1797,9	2391,3	2555,7	2335,6	2446,3

Aus der folgenden Abbildung ersieht man sofort, daß der Hauptgrund für das Anwachsen der Reichsausgaben in den ständig erhöhten Aufwendungen für Reparationen, innere Kriegslasten und Schuldendienst liegt.



Will man also kritisch an den Reichshaushalt herangehen und prüfen, wo Ersparnisse möglich sind, so kommen dafür nur die letztgenannten Ausgabeposten in Frage. An den Reparationslasten kann aus begreiflichen Gründen kein Parteiwille und kein Parlament in Deutschland etwas ändern. Die inneren Kriegslasten umfassen vor allem die Versorgung der Kriegsbefähigten und der Hinterbliebenen der Opfer des Weltkriegs, sowie der

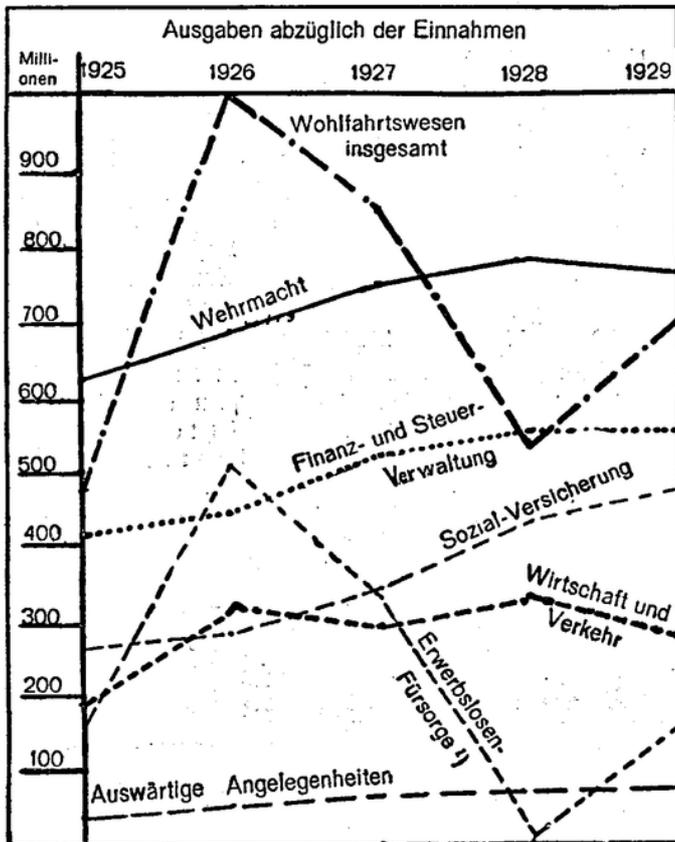
Offiziere und Beamten der alten Armee. Keine Partei will und kann mit Ersparnissen auf diesem Gebiet beginnen — es sei denn eine Kürzung der hohen Offizierspensionen usw., die zwar wünschenswert wäre, aber praktisch kaum ins Gewicht fiele. Ebenso steht es naturgemäß mit den Ausgaben für den Schuldendienst.

Wie ist es nun mit den Ersparnismöglichkeiten bei dem eigentlichen inneren Finanzbedarf des Reiches bestellt? Eine Antwort auf diese heute im Vordergrund aller Diskussionen stehende Frage ist erst möglich, wenn man weiß, für welche Zwecke das Reich die ihm verbleibenden Gelder ausgab und ausgeben will.

Eine Aufteilung des eigentlichen Finanzbedarfs des Reiches in die verschiedenen Ausgabegruppen ergibt dann die folgenden Zahlenreihen:

	In Millionen Reichsmark				
	1925	1926	1927	1928	1929
Wohlfahrtswesen insgesamt . .	472,8	999,4	851,1	533,3	703,7
Davon Sozialversicherung . .	259,2	285,6	345,5	425,7	468,0
Erwerbslosenfürsorge . . . .	155,5	498,9	334,7	14,5 <sup>1)</sup>	160,8
Finanz- u. Steuerverwaltung . .	409,7	442,4	518,3	548,6	549,3
Wehrmacht . . . . .	624,7	691,6	755,6	779,2	760,8
Wirtschaft und Verkehr . . . .	191,2	320,0	295,8	336,7	288,3
Auswärtige Angelegenheiten . .	36,0	51,3	59,3	56,4	61,4
Bildungswesen . . . . .	27,4	27,6	39,0	35,9	38,7
Allgemeine innere Verwaltung . .	26,3	29,8	26,8	33,7	31,3

Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Gruppen verdeutlicht die folgende graphische Darstellung:



Hieraus ist also klar ersichtlich, wo der Grund der Steigerung liegt. Nämlich vor allem in den erhöhten Ausgaben für das Wohlfahrtswesen (um 230,9 Millionen), für die Finanz- und Steuerverwaltung (um 139,6 Millionen), für die Wehrmacht (um 136,1 Millionen) und schließlich für Wirtschaft und Verkehr (um 97,1 Millionen). Zu bemerken ist auch die Erhöhung der Ausgaben für die Auswärtigen Angelegenheiten um 25,4 Millionen, d. h. um 70 Proz., wobei der Löwenanteil auf die ausländischen Vertretungen des Deutschen Reiches entfällt. Das Anschwellen der Aufwendungen für die Finanz- und Steuerverwaltung wird verständlich, wenn man bedenkt, daß von den 93 646 Reichsbeamten (ohne Reichsbahn und Post) allein 73 199 Beamte in diesem Verwaltungszweig arbeiten.

<sup>1)</sup> Die Bruttoausgaben betragen 1928 133,9 Millionen, die Minderungen jedoch 119,4 Millionen. Die Senkung der Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge ist auf die Einrichtung der Erwerbslosenversicherung zurückzuführen.

Es sind daher gegenüber 1925 allein anlässlich der Gehaltserhöhungen rund 115 Millionen Reichsmark mehr erforderlich. Der Rest der Steigerung erklärt sich aus dem ständig erweiterten Aufgabenkreis der Steuerverwaltungen. Hier sind keine wesentlichen Ersparnisse möglich, wenn man die Finanzverwaltung nicht schwer schädigen will. Bleibt das Wohlfahrtsamt. Seit langem läuft das gesamte Unternehmertum Sturm gegen die andauernd steigende „soziale Belastung“. Auch die in diesen Tagen erschienenen Jahresberichte der großen Banken verlangen eine Herabsetzung der sozialen Ausgaben. Um so erfreulicher ist es, wenn der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding in dem finanziellen Ueberblick über den Haushaltsentwurf 1929 über die Sozialausgaben des Reiches schreibt:

„Das Wohlfahrtswesen zerfällt in zwei Hauptausgaben, die Sozialversicherung und die Erwerbslosenfürsorge. Die Sozialversicherung ist dauernd gestiegen von 259 Millionen 1925 auf 468 Millionen 1929. Dagegen hat sich die Erwerbslosenfürsorge in einer Wellenlinie bewegt, die in großen Zügen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland wiedergibt. Die Ausgabenminderung seit 1926/27 ist auf die durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung eingetretene Entlastung des Reichshaushalts zurückzuführen. Hegt man den Optimismus, daß, auf die Dauer gesehen, die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland nach oben führt, dann wird sich dieser Posten vermindern lassen; sicher ist aber, daß für die nächste Zeit die Wirtschaftslage Abstriche bei diesen Posten nicht gestattet. Die Erhaltung und Förderung der deutschen Arbeitskraft als des wertvollsten Kapitals, das Krieg und Inflation uns gelassen haben, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit gewesen. Dieser Aufgabe dient die Sozialversicherung. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist sie eine produktive Ausgabe im wahrsten Sinne des Wortes, an der zu kürzen — unbeschadet der Frage rationaler Reformen — nicht bloß eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch ein wirtschaftlicher Fehler wäre. Denn auch die Arbeitskraft ist ein Teil der „Wirtschaft“ und die Sozialpolitik ein unentbehrlicher Bestandteil einer weitschauenden Wirtschaftspolitik.“

Damit ist in klarer Weise gesagt, daß keine Regierung, die die Unterstützung der Arbeiterschaft erwartet, sich zu einer Kürzung der sozialen Ausgaben herbeilassen kann. Die Arbeiterschaft ist im Gegenteil der Ansicht, daß eine weitere Erhöhung ihrer Forderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete durchaus berechtigt ist und nur aus den schwerwiegendsten Gründen vorläufig zurückgestellt werden kann.

Keine Kritik des Reichshaushalts und keine Erörterung über Ersparnismöglichkeiten kann am Wehretat vorbeigehen. Trotz des andauernden Widerstandes der politischen Vertreter der Arbeiterschaft sind die Ausgaben für die Wehrmacht andauernd gestiegen. Wenn auch in diesem Jahr der Finanzminister eine Kürzung der Wehrausgaben um 23 Millionen durchgeführt hat, so ist darin doch nur erst ein bescheidener Anfang zu erblicken. Eine genaue und eingehende Kritik des Haushaltes der Wehrmacht ergibt, daß mindestens 100 Millionen einzusparen sind, ohne daß dadurch die Interessen der Landesverteidigung leiden.

Besonderen Anlaß zur Kritik gibt der Wehretat auch dadurch, daß in ihm, besonders bei der Marine, jede genaue Angabe über die Zahl der beschäftigten Arbeiter sorgfältig vermieden wird. Andererseits werden an zahlreichen Stellen erhöhte Anforderungen einfach als Folge von Lohnerhöhungen bezeichnet. Gerade dem Wehrministerium muß man scharf auf die Finger sehen, da bei ihm Etablierungen und Unklarheiten an der Tagesordnung sind.

Übrigens beträgt die Zahl der vom Reich beschäftigten und im Haushalt aufgeführten Arbeiter insgesamt 29 527, davon sind 18 230 in Verwaltungen und 11 297 in Betrieben beschäftigt. Ihre Verteilung auf die einzelnen Verwaltungszweige geht aus folgender Uebersicht hervor:

	Verwaltungs- arbeiter	Betriebs- arbeiter	Zusammen
Heer . . . . .	7167	—	7167(?)
Marine . . . . .	3014	6336	9350(?)
Reichsdruckerei . . . . .	9	3572	3581
Finanzverwaltung . . . . .	4312	—	4312
Arbeitsministerium . . . . .	1165	15	1180
Verkehrsministerium . . . . .	296	1368	1664

gleich der Mehrbelastung besonders von der Volkspartei geforderte Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen stößt auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft, ebenso wie die Erhöhung der Umsatzsteuer, da beide letzten Endes eine Belastung der breiten Massen der Bevölkerung zur Folge haben. Eine fühlbare Entlastung des Reichshaushalts wird letzten Endes erst eintreten, wenn es gelingt, die hohen Reparationskosten zu vermindern.

Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, den Kampf um den Reichshaushalt nicht nur unter dem Gesichtspunkt seiner absoluten Höhe zu führen, sondern vor allem zu erstreben, daß im Reichshaushalt die berechtigten Interessen der werktätigen Bevölkerung so gewahrt werden, wie es der Bedeutung und der Macht der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet entspricht.

Weitere Ersparnisse ließen sich gewiß bei den Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke ermöglichen. Vor allem muß das Reich Zurückhaltung üben bei der Uebernahme von Kreditbürgschaften, die ihm bisher bereits Millionenbeträge kosteten.

Im großen und ganzen aber hat auch die Beratung des Haushaltsplanes für 1929 im Reichsrat gezeigt, daß sich wesentliche Abstriche nicht ermöglichen lassen. Die zum Aus-

## Gewerkschaftsarbeit der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1928

Der frühzeitig erschienene Bericht unserer Berliner Filiale über das Jahr 1928, den wir schon in dem Bericht über die Generalversammlung in Nr. 9 „Gew.“ erwähnten, umfaßt mehr als 200 Seiten. Er gliedert sich in folgende zehn Hauptabschnitte: Verwaltungsbericht, Ruhelohn, Betriebsräte, Manteltarifsbewegung, Lohntarifsbewegung, Streiks, Arbeitsfürsorge, Wohlfahrts-erwerbslose, Reichsbund der Beamten und Angestellten, Berichte der Branchen, Geschäftsbericht der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Haus-G. m. b. H.

In dieser Fülle dürfte wohl alles gesagt sein, was über die Bewegung der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter unbedingt gesagt werden muß. Es wäre nur zu wünschen, daß die fleißige Arbeit der Ortsverwaltung von den Verbandsmitgliedern nicht nur entgegengenommen, sondern auch gelesen und studiert wird. Aus dem umfangreichen Buch greifen wir das Wichtigste von dem heraus, worüber in der „Gewerkschaft“ bisher nur wenig oder niemals berichtet worden ist:

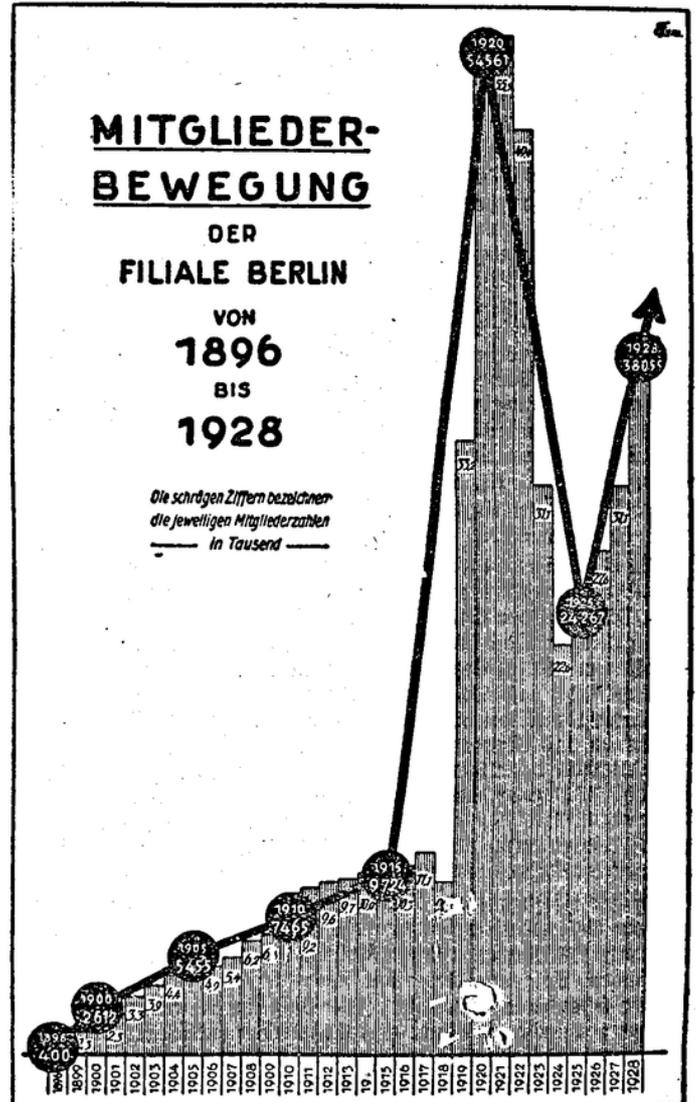
„Hätten wir im vorigen Jahre eine Steigerung der Einnahmen von 20 Proz. aufzuweisen, so können wir in diesem Jahre eine weitere von 42 Proz. verbuchen. — Die Ausgaben haben sich um 35 Proz. erhöht. Die Mehrausgaben setzen sich zusammen aus der Entschädigung für die Beitragsammler und der Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung. Eine Steigerung weisen auch die Gehälter auf, welche einmal begründet wird durch die Neuregelung auf dem Verbandstag, des weiteren durch die Ausgaben für die neuangestellten Kräfte. — Eine Weihnachtsunterstützung erhielten insgesamt 1030 Arbeitslose, je nach Länge der Arbeitslosigkeit und dem Stand der Familienmitglieder, in Höhe von je 10 Mk. bis 44 Mk. Ausgezahlt wurden im Jahre 1928 an Arbeitslosenunterstützung 18 341,90 Mk. an 1549 Mitglieder, 136 455,95 Mk. Krankenunterstützung an 10 751 Mitglieder, 29 323,75 Mk. Sterbeunterstützung an 369 Mitglieder, 2214,80 Mk. Gemahregeltenunterstützung an 19 Mitglieder, 917,60 Mk. Streikunterstützung an 12 Mitglieder, 7753,25 Mk. Notstandsunterstützung an 324 Mitglieder; außerdem 8255,69 Mk. für Rechtschutz.

Am Anfang des Jahres waren 800 Beitragsammler tätig, um die Beiträge für die Organisation von den Mitgliedern einzuziehen. Am Schluß des Jahres war diese Zahl bereits auf 1100 gestiegen. Das Filialvermögen hat sich im Berichtsjahre von 7,30 Mk. auf 9,53 Mk. pro Kopf erhöht.

Fast die gleiche Zahl neuer Mitglieder wie im Vorjahre konnte gewonnen werden. Nehmen wir die Tabelle zur Hand, in welcher die Mitgliederbewegung nach „männlich“ und „weiblich“ vierteljährlich aufgeführt ist, so erkennen wir, daß von den neugewonnenen Mitgliedern, wenn wir die verstorbenen, verzogenen und übergetretenen Mitglieder in Abzug bringen, über drei Viertel der Neuaufgenommenen der Organisation treu geblieben sind; denn 6997 konnten wir am Jahreschluß mehr verbuchen als am Anfang des Berichtsjahres.

Wenn wir berücksichtigen, daß wir im 2. Quartal 1924, nach Beendigung der Inflation, nur 18 389 zahlende Mitglieder aufweisen konnten, und unsere Mitgliederzahl in den fünf Jahren um rund das Doppelte stieg, so ergibt sich schon allein aus diesen Zahlen, welche enorme Werbearbeit von unseren Funktionären geleistet wurde.

Mitglieder wiesen auf am Jahreschluß die Branchen (die eingeklammerten Zahlen bedeuten eine Zunahme): Gaswerke 4200 (392), Einkassierer St.-Werke 728 (120), Gasbetriebsgesellschaft 1529 (16), Elektrizitätswerke 3601 (711), Wasserwerke 814 (38), Wasserwerke A.-G. 315 (28), Gesundheitswesen 7105 (1057), Straßenreinigung und Fuhrpark 3171 (314), Müllbeseitigung 418 (11), Straßenbahn 710 (260), Park und Friedhöfe 1914 (224), Güter und Forsten 1169 (155), Lebensmittelbetriebe 1489 (214), Wirtschaftsbetriebe 1505 (401), Hoch- und Tiefbau, Kanal 1137 (200), Reichsbetriebe 1865 (160), Staatsbetriebe 2421 (351), Staatliche Pflegeanstalt 799 (157), Einzelzahler 1353 (376), zusammen 36 243 (5185),



dazu 5 Proz. buchmäßige Mitglieder 1812 ergibt eine Gesamtmitgliedschaft von 38 055 (6997).

Mitgliederbewegung im Jahre 1928.

Datum	Eingetreten			Ausgeschied			Zu- (+, Abnahme-)			Bestand			
	männl.	weibl.	Jugendl.	männl.	weibl.	Jugendl.	männl.	weibl.	Jugendl.	männl.	weibl.	Jugendl.	Zusammen
1. Januar 1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23936	7114	8	31058
1. D. r t e i l j a h r	2321	809	—	114	518	—	+2207	+291	+2498	6143	7405	8	33556
2. D. r t e i l j a h r	2473	975	—	1150	623	—	+132	+352	+1675	27466	7757	8	35231
3. D. r t e i l j a h r	176	556	—	543	473	—	+1033	+283	+1316	28499	8040	8	36547
4. D. i e r t e j a h r	1604	734	—	563	267	—	+1041	+467	+1082	2940	8507	8	38055
Im ganz. Jahr	7974	3274	—	2370	1881	—	+5604	+1393	+6997	—	—	—	—

Unsere Bildungsarbeiten konnten im Jahre 1928 mehr als bisher auf Erfahrungen gestützt werden, die sich aus der Durchführung der vorjährigen Programme ergaben.

Der Bericht zählt die zahlreichen Bildungskurse auf, die die Ortsverwaltung selbst veranstaltete und andere, an denen Berliner Mitglieder unseres Verbandes teilnahmen. Herausheben möchten wir aber noch folgende Bemerkungen: „Schon eine flüchtige Betrachtung der Zahl der beteiligten Kollegen, im Verhältnis zu den beteiligten Kolleginnen, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es nunmehr an der Zeit war, insbesondere für unsere weiblichen Funktionäre etwas zu tun. Es bestand schon im Vorjahre die Absicht, diesem Mangel abzuwehren dadurch, daß ein Sonderkursus für unsere weiblichen Funktionäre eingerichtet wird. Diese Absicht konnte jedoch wegen Mangel an Zeit nicht durchgeführt werden. Im Berichtsjahre 1928 ist die Ortsverwaltung dazu übergegangen, diese Lücke in unserem Bildungsprogramm auszufüllen. Da die Bemühungen, eine größere Anzahl von Verbandskolleginnen zur Teilnahme an allgemeinen Kursen zu bewegen, wenig Aussicht auf Erfolg versprachen, wurde für das Winterhalbjahr 1928/29 zunächst versuchsweise nur ein Kursus für weibliche Mitglieder vorgesehen. Das Winterprogramm trägt den Erfahrungen der Vorjahre Rechnung. Es waren bis zum Jahresluß folgende Veranstaltungen vorgesehen: Für Funktionärinnen und andere interessierte weibliche Mitglieder unseres Verbandes erstmalig ein Kursus zur Einführung in das Arbeitsrecht. Der Kursus fand in der Zeit von Anfang November bis Ende Dezember in unserem Verbandshause statt. Die Leitung des Kursus hatte Kollege Schaum übernommen. Die Beteiligung an diesem Kursus war über Erwarten groß. Es nahmen durchschnittlich 40 bis 45 Kolleginnen teil.“

In dem Kuratorium der Bewag-Schule war für die Ortsverwaltung, wie im Vorjahre, Kollege Schaum tätig, als dessen Vertreter Kollege Kurpat. Die Beteiligung der Belegschaft der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke ist außerordentlich groß. Es muß festgestellt werden, daß die Schule der Kollegenschaft zu ihrer fachlichen und beruflichen Weiterbildung Gutes geleistet hat. Dies war insbesondere auch dadurch möglich, daß der Bewag-Schule aus der Bewag selbst sowohl, wie von außerhalb herangezogene, sehr tüchtige Lehrkräfte zur Verfügung standen. Es fanden im Jahre 1928 37 Kurse statt. 15 dieser Kurse standen unter Leitung von Lehrern aus dem Kreise der bei der Bewag tätigen Personen. An diesen Kursen waren durchschnittlich 800 bis 900 Schüler beteiligt. Die Gesamtaufwendungen für die Bewag-Schule betragen 56 000 Mk.

Die Bibliothek kann in ihrem Bericht verzeichnen, daß die Ergebnisse von 1928 die des vorhergehenden Jahres weit überholt haben. Die Zahl der Entleihungen ist von 9112 Bänden auf 10 895 Bände gestiegen. Das sind 1783 Ausleihungen mehr. Die Zahl der Leser ist um 131 gestiegen und beträgt 536. Diese Zahl bedeutet natürlich nicht, daß 536 Leser vorhanden sind; in Wirklichkeit ist die Leserszahl viel höher, denn die große Anzahl der Angehörigen, wie Frauen und Kinder der Kollegen, welche sich an der Benutzung der Bibliothek beteiligen, ist nicht gering, und so erhöht sich die Leserszahl 536 ganz bedeutend. Der Bücherbestand konnte von 3904 auf 4312 Bände erhöht werden. Der Bestand hat sich also um 408 Bände vermehrt. Die materielle Unterstützung der Bibliothek durch die Ortsverwaltung beträgt im Berichtsjahre 1866,05 Mk.

An der Höchstzahl der Entleihungen waren beteiligt: ein Kollege vom Gesundheitswesen mit 176 Bänden, ein Kollege der Gaswerke mit 138 Bänden und ein Kollege der Wirtschaftsbetriebe mit 112 Bänden. Folgende Uebersicht über die meistgelesenen Autoren verdient besonderes Interesse. (Die Zahl in Klammern gibt die Zahl der vorhandenen Bände an.) Es wurden entliehen: Ganhogser (46) 333mal, Dolstojewski (19) 112mal, Tolstoi (24) 96mal, Upton Sinclair (10) 98mal, Cl. Diebig (14) 77mal, Gorki (16) 66mal, J. London (32) 224mal, Haschek (13) 111mal, Dumas (18) 142mal,

Böhlau (16) 50mal, Daudet (5) 64mal, Barbusse (4) 40mal, Undset (4) 37mal, Traven (5) 24mal, L. Braun (10) 46mal, Sudermann (6) 56mal, H. G. Wells (5) 19mal, Balzac (6) 69mal, Zola (30) 178mal.

Ueber die Zahl der Entleihungen aus den einzelnen Wissensgebieten gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

	1927		1928	
	Dor- ha dene Bücher	Ent- liehene Bücher	Dor- handene Bücher	Ent- liehene Bücher
A. Nachschlagewerke, Zeitschriften	177	60	160	64
B. Lebensbeschreibungen, Erinne- rungen, Briefe	92	233	112	247
C. Geschichte (Literatur, Kunst, Religions- u. Kirchengeschichte)	250	392	276	464
D. Geographie, Reisen, Völker- kunde	151	428	185	623
E. Naturwissenschaftl. Heilkunde, Medizin, Mensch, Tier, Pflanze, Erd-, Himmels-, Meeres- und Wetterkunde	216	301	272	366
F. Technik, Gewerbe, Berufskunde, Elektrizitätslehre, Mechanik	28	53	28	43
G. Rechts- und Staatswissenschaft	22	23	28	27
H. Wirtschaft	145	72	155	90
I. Arbeiterfragen	75	37	87	39
K. Sozialismus, Sozialdemokratie	155	49	158	46
L. Philosophie, Religion (Philo- logie, Psychologie)	100	69	100	87
M. Erziehung und Unterricht	25	7	27	27
N. Kunst, Theater, Sport und Spiel	19	65	19	72
O. Jugendliteratur	343	424	382	492
P. Schöne Literatur, Romane und Erzählungen	1772	6753	1981	8052
R. Klassiker	343	146	342	156
	3904	9112	4312	10895
1928 mehr als 1927			408	1783

In der Betriebsrätebewegung ist im Berichtsjahre eine gewisse Stabilität eingetreten, nachdem in den Vorjahren eine Reihe Anfechtungsklagen von den Arbeitgebern gegen die Wahl der Betriebsvertretungen geführt wurden, um, vornehmlich bei den Betriebsräten der Werksbetriebe, eine möglichst enge Auslegung des Begriffes „Betriebe“ (§ 9 BRG.) zu erzielen. Wahlanfechtungen mit ernstem Charakter sind im Berichtsjahre nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Lediglich dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften nahestehend) blieb es vorbehalten, die Wahl zum Gesamtbetriebsrat bei der Stadtgemeinde Berlin mittels Klage anzufechten. Es gelang ihnen zwar, eine sehr mangelhafte Kandidatenliste zusammenzubringen, reichten ihre Listen aber verspätet ein und sahen anscheinend keine andere Möglichkeit, als durch eine Klage Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu erzielen, um später doch noch in den Gesamtbetriebsrat einzurücken. Diese Absicht gelang jedoch nicht, da das Arbeitsgericht die Klage des GdA. kostenpflichtig abwies. Im allgemeinen ist es gelungen, die Zahl der freigewerkschaftlichen Sitze in den Betriebsrätekorporationen noch um etwas zu vermehren, so daß gegnerische Organisationen Sitze in den Betriebsrätekorporationen nur noch in seltenen Fällen und in völlig unbedeutender Zahl innehaben.

In den Kammereibetrieben der Stadt Berlin ist bei den Neuwahlen eine wesentliche Veränderung wiederum nicht eingetreten. Gewählt wurde in 49 Betrieben mit 31 252 Beschäftigten, und zwar 20 166 Arbeitern und 11 086 Angestellten, 49 Einzelbetriebsräte mit 395 Betriebsratsmitgliedern. Die Gruppenräte setzen sich aus 336 Arbeiterrats- und 249 Angestelltenratsmitgliedern zusammen.

Die gewählten Betriebsratsmitglieder gehören folgenden Organisationen an: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 304, Zentralverband der Angestellten 49, Deutscher Metallarbeiterverband 6, Bund der technischen Angestellten und Beamten 7, Fabrikarbeiterverband 1, Allgemeiner Deutscher Bankbeamten-Verband 8, Buchdruckerverband 1, Zentralverband der Maschinisten und Heizer 1, Verkehrsbund 3, Verband der Gärtner 7, Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten 1, Gewerkschaftsbund der Angestellten 2, Christen 3, Kombi 1, Deutscher Bankbeamtenverband 1. Von den 395 Betriebsratsmitgliedern sind 388 freigewerkschaftlich organisiert und nur sieben in anderen Verbänden. In Prozenten beträgt also der Anteil der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte 98,2 Proz.

## Konzentration in der öffentlichen Wirtschaft

Wie bekannt, hat das Reich seit langem seine Aktieninteressen in der Vereinigten Industrieunternehmungen A.-G. (Diag) zusammengefaßt. Diese Reichs-Holding-Gesellschaft beschäftigt sich nicht nur mit der Kapitalbeschaffung für die Reichsbetriebe, sondern greift auch aktiv in die ihr angeschlossenen Betriebe ein. Das Land Preußen ist jetzt dabei, seinen Besitz an Bergwerks- und Stromerzeugungsunternehmungen ebenfalls in einer Dachgesellschaft zusammenzufassen. Genau wie die Betriebe der Privatwirtschaft haben auch die staatlichen Unternehmungen den Drang ins Weite. Dieser Ausdehnungsdrang hat aber auch dort seine Grenzen, wo den Privatunternehmungen Fesseln angelegt sind, namentlich hinsichtlich der Kapitalbeschaffung. Um diese Kapitalbeschaffung zu erleichtern, folgt nun der preußische Staat dem Beispiel des Reiches und gründet die „Preußische Elektrizitäts- und Bergwerks-A.-G.“ in Berlin, die den Anteil des Staates an folgenden vier Unternehmungen übernehmen soll: Preußische Bergwerks- und Hütten A.-G. (Preußag), Preußische Elektrizitäts A.-G. (Preag), Bergwerks A.-G. Recklinghausen und Bergwerksgesellschaft Hibernia. Das Kapital ist noch nicht endgültig festgelegt, dürfte aber voraussichtlich etwa 180 Millionen Reichsmark betragen, d. h. wesentlich weniger als der Nominalwert der zu übernehmenden Aktienbeträge aller vier Unternehmungen von etwa 290 Millionen Mark. Der Zweck der Gesellschaft soll sich auf die Finanzierungsaufgabe beschränken, während die eigentliche Betriebsführung unverändert von den Einzeldirektionen ausgeübt werden soll. Ausdrücklich ausgeschlossen wird im Gegensatz zur Diag eine Einmischung der Dachgesellschaft in den Geschäftsbetrieb der Unternehmungen. Infolgedessen wird auch in Preußen der neu zu schaffende Apparat denkbar klein sein. Die Direktion soll von zwei Vorstandsmitgliedern der Preußischen Staatsbank nebenamtlich geführt werden, während der Aufsichtsrat sich aus Staatsbank- und Ministerialvertretern zusammensetzen wird.

Die Notwendigkeit für die Neugründung ergibt sich aus dem großen Kapitalbedarf der Staatsunternehmungen, der bisher nicht befriedigt werden konnte und für die Vergangenheit durch Vorschüsse von über 50 Millionen Mark zunächst durch den preußischen Staat befriedigt werden mußte. Der „Vorwärts“ schätzt den im Augenblick vorhandenen Kapitalbedarf der staatlichen Unternehmungen auf über 150 Millionen Mark. Der Sinn der neuen Gründung ist nun der, daß es durch sie erleichtert werden dürfte, das erforderliche Kapital zu annehmbaren Bedingungen zu erhalten, weil jetzt nun ein einheitlicher Anleihenehmer für die Staatsunternehmungen auftritt. Geldbedarf besteht insbesondere bei den von der „Hibernia“ gemeinschaftlich mit der Zeche Mont

Cenis durchgeführten Bauten zur Ausdehnung der Stickstoffproduktion. Bislang befinden sich zwei Anlagen im Bau, die einen Kostenaufwand von zirka 40 Millionen Mark verursachen. Der Bau einer weiteren Stickstoffanlage, deren Kostenaufwand etwa 25 Millionen Mark betragen wird, ist ins Auge gefaßt. Preußen ist an der Realisierung dieser Stickstoffprojekte deswegen interessiert, weil einmal dadurch den preußischen Bergbaubetrieben, die bei dieser Produktion ihre überflüssigen Kokereiabgase verwerten können, geholfen wird, und weil man auf der anderen Seite durch eine Senkung der Stickstoffpreise der Landwirtschaft einen wertvollen Dienst erweisen könnte. — Groß ist der Kapitalbedarf ferner in der staatlichen Elektrowirtschaft. Bei dem starken Aufschwung der Elektrizitätswirtschaft in den letzten Jahren wird man die Berechtigung und Notwendigkeit einer starken Expansion auf diesem Gebiete anerkennen können, zumal die Expansion eine Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft bedeutet. Man plant u. a. in Preußen den Bau einer neuen Ueberlandleitung und eines großen Kraftspeicherwerkes.

Bekanntlich wurde im vorigen Jahre durch die Gründung der Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrowirtschaft durch die reichseigenen Elektrowerke, die Preag und das Bayernwerk, der erste Anfang zu einer planmäßigen Reichselektrowirtschaft gemacht. Man hatte mit einer Reihe der übrigen Elektrizitätsunternehmungen, u. a. mit den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, Verhandlungen angeknüpft, die den Beitritt auch dieser Gesellschaften zu der Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrowirtschaft zum Ziele hatten. Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen waren dabei besonders wichtig, weil sie die Verbindungsbrücke zu dem Interessentenkreis des gemischtwirtschaftlichen Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes darstellen. Leider ist es nun dem RWE gelungen, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen zu sich herüberzuziehen. Das RWE hat sich mit ihnen, einem württembergischen Großkraftwerk und dem Elektrizitätswerk „Mark“ zu einer Westdeutschen Elektrizitätswirtschafts-A.-G. zusammengeschlossen. Damit sind die Chancen für die Durchsetzung der Ansprüche des RWE auf eine bedeutende Führerrolle in einer zukünftigen Reichselektrowirtschaft gewachsen. Der empfindlichste Punkt in den Beziehungen zwischen der Gruppe der Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrowirtschaft und dem RWE ist zurzeit Bayern. Durch den Kauf der Grube Dettingen ist das RWE in das Gebiet des Bayernwerks vorgestoßen, so daß mit einer Verschärfung des Kampfes gerechnet werden muß. Zwar wehrt sich die bayerische Regierung gegen eine Beteiligung des RWE an der bayerischen Elektrizitätswirtschaft und hat erst jüngst im Landtag erklärt,

## Wilder Streik im „Eisernen Moloch“

II.

**M**ach Ablauf eines halbstündigen Parlamentierens konnten die Streikenden triumphieren. Mehr als die Hälfte der Nachtschicht machte kehrt; und andere hatten nicht direkt nein gesagt, verschoben aber ihren Entschluß auf den nächsten Tag. Da erklangen Hurrarufe; Hände wurden geschüttelt; die Freude eines allgemeinen Einverständnisses täuschte über die Unsicherheit der Zukunft hinweg. Dann überflutet man in dichten Scharen das Dorf; die Wirtschaften wurden überfüllt; Redner stiegen auf Tische und schimpften unter lebhaftem Beifall auf die Herren; und eine allgemeine Kirmesstimmung bildete den Abschluß dieses aufregenden Tages.

Jacques Hurlaux war schweigsam und verstimmt. Der Gebanke an den Streik erfüllte ihn mit Bestürzung: das würde ein noch größeres Unglück geben als alle früheren, wenn das Brot vom Munde weggerissen, die Wechsel nicht verlängert, die Möbel verpfändet wären! Einen ganzen Abgrund von Elend sah er vor sich, der mindestens die Hälfte von Culot verschlingen würde. Seine angeborene Rechtschaffenheit ließ ihn glauben, daß bloß schwerwiegende Gründe die Maßregeln der Verwaltung hervorrufen konnten. Er wollte sich nicht so leicht hin in ein für jedermann verderbliches Abenteuer einlassen. Denen, die ihn befragt hatten, ob er für Arbeit oder Streik sei, hatte er mit Kopfschütteln geantwortet: er wüßte noch nicht, er müßte noch überlegen, ehe er einen Entschluß fassen könnte. Und während er seine Arbeit wie sonst verrichtete, war sein Kopf ebenso tätig wie seine Arme gewesen; er hatte reiflich überlegt, das Für und Wider

erwogen und war schließlich zu dem Entschluß gelangt, daß er und sollte es ihn auch die Achtung seiner Kameraden kosten, erst dann in Ausstand treten wollte, bis man ihm bewiesen hätte, daß die Direktion die Lohnreduktion auch hätte vermeiden können.

Karoline, die Frau Hurlaux, jubelte dagegen. Die Idee einer sozialen Zerrüttung, einer Umwälzung, die Arbeitgeber und Arbeiter aufeinanderheizen würde, hatte in ihr eine Fülle anarchistischer Gefühle ausgelöst. Als Kind hatte sie von Plünderungs- und Kampfszenen erzählen gehört, die zuweilen die Borinage heimsuchten; Blut war in den Dörfern geflossen, wo die Grubenarbeiter mit den Truppen zusammenstießen; in den Kohlenbergwerken war alles zertrümmert worden. Und sie erinnerte sich, wie Terminia, ihr Vater, mit wilden Blicken sagte, daß er, wäre er dabeigewesen, den Offizieren, die so roh waren, aufs Volk schießen zu lassen, die Köpfe blutig geschlagen hätte. Als sie am Nachmittag die ersten Banden durch die Straßen ziehen sah, erwachte ihr ganzer Haß gegen die Autorität, die bestehende Ordnung der Dinge, gegen die reiche Bourgeoisie, die Herrin über das Schicksal der kleinen Leute. Sie stellte sich auf die Schwelle ihrer Tür und winkte mit einem weißen Taschentuche, um die Vorübergehenden zu begrüßen. Man rief ihr zu; die Schar teilte sich in zwei Hälften, deren eine bei den „Fanfaren“, die andere bei Patraque einkehrte.

„Heda, Karoline,“ fragte einer der Rädeleführer, während er ihr zutrank, „kann man auf Hurlaux zählen?“

„Ihr wollt euch wohl lustig machen? . . . Er tut, was ich will. . . Und ich sag' ja.“

Sie hätte am liebsten gesehen, wenn man in Scharen nach dem „Moloch“ gezogen wäre, die Tore niedergerissen und die Hochöfen ausgelöscht hätte; und als einige Leute ihr lachend Beifall klatsch-

daß sie dafür sorgen würde, daß alle in Bayern gewonnenen Energiemengen durch das Bayernwerk verwertet werden. Eine besondere Rolle spielt auch noch die Konkurrenz zwischen dem Bayernwerk und dem RWE, um die Ausbeutung der Tiroler Wasserkraft in den hohen Tauern.

In den letzten Tagen hat die neue Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A.-G. durch den Beitritt weiterer kleiner Gesellschaften, u. a. der Württembergischen Sammelschienen A.-G. in Stuttgart, einen weiteren Machtzuwachs erfahren. An dieser Gesellschaft, die eine Verbindungsgesellschaft der Württembergischen Kraftwerke zur Stromverteilung darstellt, sind außer dem Staat Württemberg noch zehn Ueberlandwerke beteiligt. Die ganz unter öffentlichem Einfluß stehende (Diag, Württemberg) Württembergische Landeselektrizitäts A.-G. hat darauf mit einem Beitritt zur A.-G. für Deutsche Elektrowirtschaft reagiert, der von dem Aufsichtsrat in diesen Tagen beschlossen wurde. Die Württembergische Landeselektrizitäts A.-G. verfügt über sehr ausgedehnte Leitungsanlagen, die mit dem Netz des Bayernwerks durch eine 100 000-Volt-Leitung verbunden sind. Mit dem Badenwerk wird jetzt eine Leitung von ebenfalls 100 000 Volt hergestellt. Der Machtkampf RWE. — Elektrowerke ist also in vollem Gange. Vorerst ist es gelungen, dem RWE. einen Riegel vorzuschieben.

Will man die private Elektrowirtschaft, die heute von dem RWE. geführt wird, in eine einheitliche Reichselektrizitätswirtschaft einfügen, so wird dies nur möglich sein, wenn die staatlichen Elektrizitätsgesellschaften sich zu einer Stärke aufschwüngen, die einen erfolgreichen Angriff auf ihre Position von Seiten der Privatwirtschaft unmöglich macht. Es sind also sehr große Pläne, die von den preußischen Bergwerks- und Elektrizitätsunternehmungen bewältigt werden sollen. Die neue Transaktion der Gründung einer Dachgesellschaft der staatlich-preußischen Werke wird der Bewältigung dieser Aufgaben unzweifelhaft förderlich sein. Dr. Walter Pahl.

## Zur Gasversorgung Schlesiens

Die angeblichen Erfolge der Ruhrgas-A.-G. lassen die anderen Kohlengebiete nicht ruhen, um ihrerseits den Gedanken der Ferngasversorgung zu propagieren. Die zügellose Propaganda der bürgerlichen Presse hat in einem Teil der maßgebenden Kreise geradezu heillose Verwirrung angerichtet. Man spricht von technischem Fortschritt und von Interesse der Volkswirtschaft, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, die Dinge gründlich zu untersuchen. Auch in Schlesien spielt man mit dem Gedanken, die kommunalen Gasanstalten stillzulegen und dafür Kokereisergas zu be-

ziehen. Es ist deshalb notwendig, die Frage der Ferngasversorgung Schlesiens kurz zu behandeln.

Bereits seit 15 Jahren besteht in Schlesien eine Gasfernversorgung aus dem Waldenburger Revier von der Fuchsgrube aus nach Striegau, Freiburg, Schweidnitz und der Stadt Waldenburg sowie nach 34 Landgemeinden. Die Plenarsitzung des Niederschlesischen Provinziallandtages vom 29. März 1928 beschäftigte sich mit der Gasfernversorgung Niederschlesiens. Es besteht der Plan, ganz Niederschlesien mit Zechengas aus dem Waldenburger Kohlenrevier zu versorgen. Die Gesamtröhrlänge soll über 400 Kilometer sein und die Möglichkeit geben, das Rohrnetz in späterer Zeit mit den Braunkohlengebieten der Lausitz und der Gasfernversorgung Oberschlesiens zu verbinden. Im Waldenburger Revier soll für die Zwecke der Gaszerzeugung eine zentrale Kokerei errichtet werden. Das Gas soll dann in vier Hauptsträngen von Waldenburg über Landesgut, Hirschberg, Greiffenberg, Lauban nach Görlitz, ferner nach Siedlitz, Glogau und Grünberg, außerdem nach Breslau und zuletzt über Frankenstein nach Glatz geleitet werden. Die Endungen der Rohrleitungen sollen dann mit einer Ringleitung versehen werden. Die Kosten dieses Fernversorgungsnetzes werden auf 20 Millionen Mark geschätzt. Nach Vorschlag des Landeshauptmanns soll sich die Provinz mit 51 Proz. beteiligen, um diesem Unternehmen den Monopolcharakter zu nehmen. Der Provinziallandtag lehnte den Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck ab und brachte zum Ausdruck, daß die Ferngasversorgung noch nicht genügend geklärt sei, um sich heute schon auf eine grundsätzliche und in ihrer finanziellen Auswirkung noch nicht übersichtbare Stellungnahme festzulegen. Der Provinzialausschuß wurde beauftragt, weitere Vorprüfungen vorzunehmen und gegebenenfalls dem nächsten Provinziallandtag eine neue Vorlage zu machen.

In Oberschlesien haben alle und auch die kleineren Kommunen in den letzten Jahrzehnten eigene Gasanstalten gebaut. Der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien hat deshalb im Jahre 1927 einen Arbeitsausschuß aus Vertretern der Provinzialverwaltung, der Stadt- und Landkreise eingesetzt, welcher sich mit der Frage einer einheitlichen Gasversorgung beschäftigten soll. Zu einem endgültigen Abschluß ist es seither nur in Hindenburg gekommen. Die Stadtverordnetenversammlung von Hindenburg hat einen Vertrag angenommen, der die Gasversorgung der Stadt Beuthen durch das kommunale Hindenburger Gaswerk sicherstellt. Das Hindenburger Gaswerk ist eines der modernsten in Schlesien. Es besitzt Retorten- und Kammeröfenanlagen. Die gesamte maschinelle Einrichtung ist auf 5,5 Millionen Kubikmeter Jahresleistung eingestellt. Durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung führt die neugegründete Gesellschaft den Namen „Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg G. m. b. H.“ Gegenstand der Unternehmung ist die Versorgung von Beuthen, Hindenburg

ten, redete sie sich immer mehr in Eifer und erklärte, daß man Poncelet (der Direktor der Fabrik) und die Ingenieure, diese Kanakillen, auf dem höchsten der Schlotte aufknüpfen sollte. Da brach die Gesellschaft aus und sang nach der Melodie eines seit dem Sturze des Ministeriums populären Liedes:

„Nieder mit Poncelet! Fort mit dem Schuft!  
hängt ihn auf, daß er zappelt in der Luft!“

Bei Jacques' Rückkehr kam es zu einer Auseinandersetzung. Mit gebieterischen Blicken, von all der Grobhederei und Prahlerei noch ganz erhitzt, erteilte sie ihm keck den Befehl, zu streiken wie die Kameraden. Aber eine derartige Anmaßung brachte ihn auf; sie hätte ihm keine Lektionen zu erteilen; er habe allein darüber zu entscheiden. Beendend vor Wut, überhäuft sie ihn mit ihrem ganzen Vorrat an Schimpfwörtern.

Das Meeting bei den „Fanfaren“ gestaltete sich sehr erregt. Um neun Uhr war die erste Partie gekommen, die von Minute zu Minute durch nachdrängende Arbeiter anwuchs. Die Menge staute sich, man stieg auf Bänke, Tische und Stühle; erhobene Arme suchten in der Luft, ohrenbetäubender Lärm von einander überschreienden Männerstimmen erhöhte den Trübel. Plötzlich ertönte ein Ruf den ganzen Tumult:

„Platz da für Lambilotte!“

Aber die Masse war so dicht, daß der alte Heizer beim Eingang vergebliche Anstrengungen machte, um durchzukommen. Da nahmen ihn zwei kräftige Burschen auf die Schultern; doch in dem Geschrei, Gelächter und Bravogetöse sah man seinen Bart in nutzlosen Worten erzittern und seine Rede verhallte ungehört in dem Getöse. Erst nach einer Viertelstunde trat wieder ein wenig Ruhe ein, und Lambilotte konnte ein paar Worte reden. Aber da er sich gleich anfangs für einen Krieg bis aufs Messer und

Gewaltmittel erklärte, wurde er unterbrochen, sowohl von denen, die keinen Streik wünschten, als auch von den anderen, die ihn legal ohne Krawalle durchführen wollten.

„Hinaus mit dem Hezer! Er möcht' uns in die Klemme bringen, ihm ist das egal! Man weiß ganz gut, daß er kein Schäfchen im Trockenen hat.“

Und einige Stimmen riefen Huriauz' Namen.

„Huriauz! Huriauz! Huriauz soll sagen, was er denkt. Er hat gute Ideen. Das ist ein Mann!“

So zum Reden aufgefordert, stieg Jacques auf einen Stuhl und entwickelte in Ruhe seine Bedenken; man sollte nichts beschließen, ehe man nicht die Erklärungen der Direktion gehört hätte; dann würde man ja sehen. Und er schlug vor, am nächsten Morgen zehn Delegierte an Poncelet abzusenden. Jeder könnte eine Meinung haben, und das wäre die seine. Ein Riesenlärm verslang seine letzten Worte; nahezu die Hälfte der Versammlung, die Besonnenen, die Verheirateten, die von ihren Frauen abgerichtet worden waren, gaben ihm recht. Die andern dagegen beschuldigten ihn der Feigheit; er ließe seine Kameraden im Stich; dazu müßte er seine Gründe haben, vielleicht wäre er von den Herren bestochen. Colonel schleuderte ihm verächtlich die Worte ins Gesicht: „Bursch, du hast eine weiße Leber!“

Gaubot sprach davon, daß man die „Fanfaren“ hochkottieren sollte; andre Männer mit schlecht rasierten, schwarzen Gesichtern stampften mit den Füßen, um den Lärm zu erhöhen, und drohten, alle, die nicht zu ihnen hielten, zu verhaun; und hinter ihrem Schanktische schrie Karoline unaufhörlich:

„Pfui! Der Lump! So ein Lump!“

\*) Volksausdruck für Unehrenhaftigkeit und Angeberei.

und anderen Gebieten, wofür der ganze zwischen Beuthen und Hindenburg liegende Industriekreis Beuthen in Frage kommt. Alleinige Gesellschafter sind die Städte Hindenburg und Beuthen. Die Verteilung des Reingewinns erfolgt nach dem Gasverbrauch der einzelnen Versorgungsgebiete. Mit weiteren Städten und Gemeinden sind die Verhandlungen aufgenommen zwecks Beitritt in die neugegründete Gesellschaft. Die Gründung dieser kommunalen Gasfernversorgung ist aus dem Grunde besonders erfreulich, weil es sich hier um Städte handelt, die mitten im oberschlesischen Industriegebiet liegen und trotzdem ihre kommunale Gaszerzeugung nicht zugunsten des privaten Kapitals aufgeben.

Dem in nächster Zeit tagenden Provinziallandtag für Niederschlesien soll eine neue Vorlage unterbreitet werden. Der Landeshauptmann arbeitet Hand in Hand mit den Vertretern des niederschlesischen Bergbaues, und der Bildung von kommunalen Gruppengaswerken stehen die größten Schwierigkeiten bei den Wegebenutzungsrechten entgegen.

Im Mittelpunkt der Ferngasversorgungspläne steht Breslau. Man kann ruhig sagen, daß ohne Breslau eine Kokereigasfernversorgung in Niederschlesien wirtschaftlich nicht tragbar ist. Aus diesem Grunde wird zurzeit mit Hochdruck daran gearbeitet, Breslau für die Ferngaspläne des niederschlesischen Bergbaues zu gewinnen. Im Monat Februar wurden wiederholt Sitzungen städtischer Kommissionen abgehalten, in denen sich die linken Parteien geschlossen gegen den Ferngasbezug stemmten. Interessant ist, daß man zu einer Sitzung der Betriebsdeputationen Vertreter des Bergbaues und Vertreter des Bergarbeiterverbandes hinzugezogen hatte. Aber auch dies hat nichts geholfen; die Mehrheit der Bürgervertreter steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Gaswerk Breslau erhalten und zu einem Gruppengaswerk ausgebaut werden soll. Nachdem man ein sah, daß von einer Stilllegung des Breslauer Gaswerkes keine Rede sein konnte, stellt man den Antrag, aus dem Waldenburger Gebiet Teillieferungen von 30 Millionen Kubikmeter Gas zu beziehen. Die gesamte Erzeugung des Breslauer Gaswerkes beträgt rund 70 Millionen Kubikmeter Gas jährlich. Sind die Fernleitungsrohre aber erst nach Breslau geführt, dann wird die endgültige Stilllegung des Werkes nur noch eine Frage der Zeit sein. Man wird nämlich neben den kostspieligen Fernleitungen nicht noch Mittel bewilligen zu technischen Verbesserungen und zum Ausbau des Werkes. Dem Bergbau ist dies bekannt. Er begnügt sich aus diesem Grunde zunächst mit einer Teillieferung. Aber auch gegen diese Pläne ist bis jetzt eine Mehrheit in Breslau nicht zustande gekommen. Es ist dies erklärlich, wenn man die Selbstkosten den Bezugspreisen gegenüberstellt. Die Selbstkosten betragen in Breslau einschließlich Verzinsung und Amortisation der Anlage frei Behälter 3,1 Pf. Das Ferngas soll je nach Mengenabnahme 3,2 bis 4 Pf. frei Behälter kosten. Nimmt man einen Durchschnittspreis von

3,5 bis 3,8 Pf., so bedeutet das eine Verteuerung des Gases bis zum Behälter bei einer Erzeugung von 70 Millionen Kubikmeter von rund 350 000 Mk. Dazu kommen die erhöhten Kokspreise, die ebenfalls mit mindestens 700 000 Mk. anzusehen sind, so daß der direkte Verlust für Breslau über eine Million Mark jährlich beträgt. Die Kosten hinter dem Behälter bleiben bekanntlich bestehen, ob Ferngas oder Eigenbezug.

Notwendig ist aus Sicherheitsgründen der Einbau einer Wassergasanlage, eine schnellere Abschreibung der stillzuliegenden Anlage und außerdem hohe Ausgaben, die entstehen durch Pensionierung von Arbeitern und Angestellten oder deren Ueberweisung in andere städtische Betriebe.

Durch Versprechungen interessiert man die Bergarbeiter an der Ferngasversorgung. Bei den Waldenburger Gruben sind rund 27 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Gesamtlohnsumme dürfte etwa 90 Millionen Mark betragen. Legt man einen Pfennig Nutzen pro Kubikmeter zugrunde, so ergibt dies bei 100 Millionen Kubikmeter einen Verdienst für den Bergbau von rund einer Million Mark. Nimmt man an, daß der Bergbau diese eine Million Mark restlos verwenden würde für Lohnerhöhungen, so könnte damit eine Lohnerhöhung bestritten werden von 1 bis 1,5 Proz. Ernstlich wird niemand daran glauben, daß die Grubenbesitzer die etwa entstehenden Ueberschüsse bei der Ferngasversorgung für erhöhte Löhne verausgaben wollen. Es geht den Zechenbesitzern eben darum, neben dem Monopol für Steinkohle ein Monopol für Koks, Gas, Teer, Ammoniak und anderen Nebenprodukten zu erhalten, bei denen die städtischen Gaswerke heute eine beachtenswerte Konkurrenz sind. Die Vertreter der Arbeitnehmererschaft in den Parlamenten haben dies auch erkannt und werden sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die deutsche Gaswirtschaft, welche heute zu über 80 Proz. in öffentlicher Hand liegt, nicht wieder an das Privatkapital ausgeliefert wird.

J. Orlopp.

## Betriebsräte-Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter Westfalens

Die von unserm Verband zum 24. Februar nach Düsseldorf einberufene Betriebsrätekonferenz für den Wirtschaftsbezirk Westfalen war von 149 Delegierten und zahlreichen Gastdelegierten besetzt. Außerdem nahmen Vertreter einer Reihe von Behörden und befreundeter Verbände an der Tagung teil. Kollege Weck, Berlin, sprach über „Die Besonderheiten des Betriebsrätegesetzes für die Gemeinde- und Staatsarbeiter“.

Er gab der Konferenz detaillierte Richtlinien für die kommenden Betriebsrätewahlen. Dabei wies er auf die Bedeutung gerade

Ein alter Heizer, dessen Familienname von dem merkwürdigen Spitznamen „Camisol“ längst ausgelöscht worden war, ein langbeiniger Mensch, der alle andern gut um Kopfeslänge überragte, hatte seit einigen Augenblicken seine durchdringenden, scharfen Blicke, die ins Feuer zu sehen gewohnt waren, ruhig über die Versammlung schweifen lassen. Dann machte er die Bemerkung, daß mehr Bergleute als Arbeiter vom „Moloch“ anwesend seien. Anfänglich wurden diese Worte von allen schwarzen Männern mit drohendem Kopfschütteln aufgenommen. Er log! Hinaus mit dem Spion! Auch dieser bestochen, gleich Huriauz und allen Feinden des Streiks.

Colonval, Gaudot, ein paar kleine Handlangerjungen, die zu ihrer Befestigung mitgekommen waren, heulten mit ihnen und stürzten sich auf den langen „Camisol“, der über alle andern hinweg höhniisch lächelnde und mit seinen Armen nach den „Grubenleuten“ deutete.

Aber die Arbeiter vom „Moloch“ waren nun doch aufmerksam geworden und zählten einander. Der Alte hatte recht; von den ihren waren kaum einige sechzig anwesend. Fast der ganze übrige Teil der Versammlung bestand aus unbekanntem Gesichte, streikenden Kohlenarbeitern aus den Nachbardörfern, die das ganze Land in Aufruhr versetzen wollten. Da gaben jene sich zu erkennen; ein etwa dreißigjähriger Mann mit intelligentem Gesicht ergriff das Wort, um für eine gemeinsame Wahrung ihrer Interessen einzutreten. Sie seien alle Brüder; in den Hüttenwerken wie in den Kohlengruben litte man unter denselben Leiden, und nur durch einen allgemeinen Druck ließe sich gegen die Tyrannei des Kapitals etwas ausrichten.

Die Clique Gaudots klatschte ostentativ Beifall, und Colonval, ein pflückeriger Bursche, beantragte, augenblicklich die Grund-

lagen für eine weitgehende Agitation festzusetzen. Aber der Rest seiner Rede ging im Tumult unter; es war die Mannschaft vom „Moloch“, die demonstrativ abzog. Seit mehr als acht Jahren arbeitete man in dem Eisenwerk, ohne auch nur einmal fahnenflüchtig zu werden, von den zahlreichen Krisen unberührt, die in den Kohlenrevieren so häufig auftraten. Die Idee eines großen Generalstreiks, der sich ins Unendliche auszudehnen drohte, erschreckte diese schlichten, schwerblütigen Metallarbeiter, die auch nur wenig von dem Streikmechanismus wußten und nicht so gut organisiert waren wie die Grubenarbeiter durch ihre Syndikate, um dem gemeinsamen Feinde kühn die Spitze bieten zu können. Ein kleiner, lokaler Streik bereitete ihnen schon genügend Sorge, auch wenn sie nicht noch die Interessen der andern mit den ihrigen verknüpften. Und beim Anhören der wütenden Reden der Kohlenarbeiter waren ihre Gedanken wieder zu ihren Familien zurückgekehrt, zu ihren Kindern, die kein Brot haben würden, zu ihren Gattinnen, die sich rundweg gegen einen Ausstand erklärt hatten.

Indes kursierte eine neue erste Nachricht in Culot; die Arbeiter der Nachtschicht waren weggeschickt worden, nachdem sie den Befehl erhalten hatten, die Feuerplatten aus den Öfen zu nehmen; nur ein kleines Häuflein Männer hatte man zur Bedienung der Hochöfen zurückgehalten. Dies bedeutete die Annahme des Streiks durch die Direktion, die ihrerseits nun auch die Arbeiter aussperrte und hiermit ihre Absicht formell erklärte, die Arbeit regelrecht einstellen zu lassen. Angesichts dieses Gewaltstreiches der Vorgesetzten steigerte sich noch die Besorgnis und Unsicherheit. Nun bereute man, dem ersten Impulse nachgegeben zu haben; und Huriauz' Ansicht, die von den in der kalten Winternacht auf der Straße herumstreichenden Scharen

dieser Wahlen hin und hob hervor, daß überall die freigewerkschaftlichen Grundzüge gewahrt werden müssen und nirgendwo Unorganisierte auf die Listen gesetzt werden dürfen. Heute schon gibt es in Deutschland in den für den Verband in Frage kommenden Betrieben neben 9625 im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten und 882 in anderen freigewerkschaftlichen Verbänden organisierten Betriebsräten 680 christliche und 328 gelbe und unorganisierte Betriebsräte. Die gegnerischen Betriebsräte müßten vermindert werden. Einzelbetriebsräte und Obleute müßten einen Gesamtbetriebsrat als Spitzenvertretung bilden. Gemeinsame Betriebsräte an Stelle von Einzelbetriebsräten sind abzulehnen. Nur zur Zusammenfassung von Obmannsbetrieben und vertretungslosen Betrieben ist die Errichtung eines gemeinsamen Betriebsrats notwendig. Das Reichsarbeitsgericht hat bereits entschieden, daß Obmannsbetriebe sich an der Bildung von gemeinsamen Betriebsräten beteiligen können. Ausführlich behandelte der Referent sodann den Entlassungsschutz für Betriebsräte und andere Arbeitnehmer. Der Betriebsrat ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig von der Erlaubnis des Arbeitgebers. Die Arbeitszeitverkürzung, die durch die Amtsausübung verursacht ist, muß vergütet werden. Ausführlich behandelte der Referent die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Unfall- und Gesundheitsgefahrenbekämpfung. Aufklärende Vorträge (RWWo) und Plakate allein genügen nicht. Deswegen ist es erforderlich, daß die Unfälle gerade durch die Betriebsräte bekämpft und die Berufskrankheiten erkannt werden. Der Verband fordert, daß unsere Betriebsräte besondere Sicherheitsleute bestellen, die, weil die behördliche Betriebskontrolle nicht genügt, in regelmäßigen Abständen den Betrieb auf seine Sicherheit kontrollieren. Diese Sicherheitsleute müssen in besonderen Kursen geschult werden, damit sie ihr Amt ausüben können. Diese Konferenz müßte ein Auftakt sein für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen sowie für die Durchführung der Unfallverhütung.

Am Nachmittag sprach Professor Dr. Nötting, Frankfurt am Main, über „Wirtschaftsdemokratie“.

Man pflegt das kapitalistische Wirtschaftssystem im Gegensatz zu der bewußten Wirtschaftsführung der künftigen sozialistischen Planwirtschaft ein anarchisches zu nennen. Anarchie im kapitalistischen Wirtschaftssystem bedeutet aber nicht, daß der kapitalistischen Wirtschaft ein Steuermechanismus fehlt. Die automatische Marktleitung (Preisbewegung, nach der man sich richtet) war schon ein Steuermechanismus, aber dieser Steuermechanismus ist nicht mehr da, weil man das Marktprinzip zugunsten des Monopolkapitalismus aufgegeben hat. Früher waren Staat und Wirtschaft getrennte Dinge. Das bürgerlich-revolutionäre Evangelium der Freiheit bekam bald für die Besitzlosen einen zweifelhaften Klang (Formaldemokratie). Für die Besitzlosen reichte formale Freiheitserklärung aus, denn sie bedeutete nur Entfesselung — nicht Organisation der Freiheit. Die Arbeiterschaft, die nicht eine fertige Wirtschaftsform wie das Bürgertum vor seiner Revolution hat, die nur entfesselt zu werden braucht, kann nur organisatorisch denken. Das Wort von Karl Marx stimmt: „Die bürgerliche Revolution war nur ein Anlauf, die proletarische ist ein Prozeß.“ Denn die proletarische

Revolution ist nicht nur Expropriation der Expropriateure, sondern auch Aufbau des sozialistischen Reichthums. — Solange der Kapitalismus vorkapitalistische Formen zerstückelt, wurde er fett. Dann aber entstand ein kapitalistischer Bruderkrieg. Und als nur noch einige Große übrig geblieben waren, erkannte man, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft sei: die Stunde des kapitalistischen Organisationsprinzips war gekommen. Aus dem Kampf um den Kunden wurde ein Kampf gegen den Kunden. Statt Preisunterbietung diktierte man durch die Kartelle die Preise. Eine Verschiebung des Schwergewichts in der Wirtschaft trat ein: die Schwerindustrie erlangte, obwohl sie nur einem Siebentel der deutschen Arbeiterschaft Arbeit und Brot gibt, infolge ihres politischen Einflusses das Uebergewicht. Ein Zwischenraum entstand. Man ist nicht mehr in der Phase des Konkurrenzkapitalismus und noch nicht im Zustand der sozialistischen Planwirtschaft. Dieser Zwischenzustand trifft sich mit einer anderen Entwicklungsreihe. Die organisierte Arbeiterschaft hatte in ihren Anfangsjahrzehnten die Theorie vertreten, daß es „keinen Aufstieg innerhalb des Kapitalismus gibt, sondern nur jenseits“. In dem eben detaillierten Zwischenraum kann man aber nicht mehr nur Endzielphilosophie treiben, sondern muß man auch an die Kilometersteine denken, zumal die Arbeiterschaft die politische Demokratie erreicht hat. Die Wirtschaftsdemokratie ist die Gegenantwort der organisierten Arbeiterschaft auf die Umwandlung des Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus. — Obwohl sich die Ablösung vom Eigentumsrecht in der Wirtschaft noch nicht vollzogen hat, löst sich die Wirtschaftsführung vom Einzelunternehmen ab (Syndikate, Kartelle, Reichswirtschaftsrat usw.). Die Aufgabe besteht also darin, daß die organisierte Arbeiterschaft überall Einfluß bekommt. Der Staat ist heute zwar noch ein Klassenstaat, aber wir dürfen die Wirtschaft nicht diesem Klassenstaat ausliefern. Der Wert der politischen Demokratie besteht darin, daß sie die Brechstange ist, mit der die kapitalistische Wirtschaft aufgebrochen wird. Darum muß heute gewerkschaftlicher Kampf auch politischer Kampf sein. Jeder Arbeiter muß nicht nur den Gewerkschaftshelm aufsetzen, sondern auch das Schwert der Politik in die Hand nehmen. Man kann nicht gewerkschaftlicher Revolutionär und politischer Spießbürger sein. Durchstaatlichung des Wirtschaftslebens ist notwendig. „Die politische Nationalökonomie der Arbeiterschaft muß über die bürgerliche Nationalökonomie siegen.“ Also: Wirtschaftsdemokratie ist keine Preisgabe des Endziels, sondern nur Vorland der Sozialisierung. War die Sozialisierung früher ein Traum, so ist sie jetzt ein Wachstumsprozeß. War sie früher Ziel, so ist sie jetzt Weg zum Ziel.

Trotzdem von oppositioneller Seite zu Beginn der Konferenz eine Rebedauer von 20 statt 10 Minuten gewünscht worden war, ergriff kein Oppositioneller das Wort. Eine Diskussion fand nicht statt.

Kollege Hoffmann, Düsseldorf, fand mit einem Antrag, daß bei den kommenden Betriebsrätewahlen keine Liste mit Gelben und Unorganisierten aufgestellt werden darf, die allgemeine Zustimmung der Konferenz. Er schloß sodann mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die instruktive Tagung.

eifrig diskutiert wurde, gewann immer mehr Boden. Um ein Uhr morgens bedurfte es des Einschreitens der Gendarmen, um die Wirtschaftshäuser zu leeren, wo jeden Augenblick die Anhänger und Gegner des Streiks übereinander gerieten. Hier und da sank ein trunkenes Haupt trübseelig auf den Tisch; der Refrain „Nieder mit Poncelet“ blieb in den hier- und schnapsheiseren Kehlen stecken; die grausame Sorge um den kommenden Tag lähmte den Mut der armen Teufel, die vor Müdigkeit umsanken, ohne noch die Energie zu haben, ihre Betten aufzusuchen.

Aber nachdem die Schenken geräumt waren, setzten sich die Ansammlungen auf der Straße fort. Das Gejohle der Betrunknen, das Geschrei der Redner, das Klappern der Holzschuhe auf dem Steinpflaster störten noch lange die öffentliche Ruhe. Da kam eine Gendarmerieabteilung und patrouillierte bis zur vollendeten Herstellung der Ordnung im Dorfe.

Poncelet wollte, wie er selbst sagte, alles auf eine Karte setzen. Im Grunde genommen hatte ein Streik nichts Erschreckendes für ihn; mit den Sitten des Hüttenarbeiters dieser Gegend vertraut, kannte er dessen natürlichen Widerwillen vor Abenteuern, seine traditionelle Anhänglichkeit an die Fabrik, seine verhaltene Kraft eines in Zucht gehaltenen Raubtieres, sein konservatives Festhalten an den Gebräuchen des Arbeitslebens; lauter Tugenden, die er in dem einen Begriffe zusammenfaßte: „der angeborene, gesunde Arbeiterverstand“.

Uebrigens war es eine allbekannte Tatsache, daß der Arbeiter der großen industriellen Werke dieser Gegend schließlich seiner ganzen eigenen Individualität entsagte und in dem mächtigen, vom Herzen bis an die äußeren Gliedmaßen pulsierenden Lebensstrom des Hüttenwerkes vollständig untertauchte. Er war kein Nomade wie der Kohlenarbeiter, der seine Zelte ein wenig überall

ausschlug; er setzte sich in einen Winkel des heimlichen Dorfes fest, wanderte nie aus, um eine minder harte Arbeit zu suchen; und fast immer hatten die Söhne die mühselige Arbeit ihrer Väter fortgesetzt, bei der diese zusammengebrochen waren. Als Poncelet mit seinem Gewaltstreich so jäh in den Lauf der Dinge eingriff, spekulierte er einerseits auf diese lokalen Charaktereigentümlichkeiten, andererseits auf das große Elend, das seinem Dazuhalten nach den Arbeiter müde machen würde.

Am folgenden Morgen zeigte es sich, wie richtig seine Berechnung war. Gegen zehn Uhr drängte sich eine Menschenmenge vor den geschlossenen Gittern, die niemand bewachte.

In seiner trostlosen Oede glück das verlassene Werk, ohne Rauch, mit den schweigenden Ambossen und erloschenen Feuern, den vereinsamten Höfen, wo die leisen Schritte der Werkmeister hin und her huschten, einem bankerotten, versiegelten Betrieb, der um seine unterbundene Tätigkeit trauerte.

Aller Augen waren starr, mit sehnsüchtigen Blicken dahin gerichtet; man betrachtete den riesigen, reglosen Kadaver, der der Stille und dem Schweigen anheimgefallen war. Ein trüber Ausdruck von Niedergeschlagenheit umdüsterte ihre Gesichter. Die Nacht, die zwischen den Erregungen des gestrigen Tages lag, hatte die erhitzten Gemüter beruhigt; bloß Unterwürfigkeit und Unentschlossenheit waren zurückgeblieben, zu denen noch das Echo der weiblichen Klagen und Ermahnungen ertönte. Zahlreiche Frauen hatten ihre Männer begleiten wollen und hielten sich, bleich vor Angst und Zärtlichkeit, in ihrer Nähe, um sie zu überwachen; sie besorgten, daß die Verlockungen und Dorfspiegelungen der Verführer sie leicht wieder abwendig machen könnten.

## Grundsätzliches vom Genossenschaftswesen

### VIII.

Die Konsumgenossenschaft ist nicht nur von einzelwirtschaftlicher, sondern auch von hoher sozialer, sozial-moralischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Die kapitalistische Wirtschaft schuf den Lohnarbeiter, der ihr Mittel ist. Sie machte den Menschen, die menschliche Arbeitskraft, dem Kapital untertan, zog ihn in das Hörigkeitsverhältnis zum Kapital, dessen Nutzen und nicht seinem eigenen er zu dienen hat. Dadurch, daß die kapitalistische Wirtschaft die menschliche Arbeitskraft unter die Herrschaft des Kapitals zwingt, macht sie ihren Träger sozial unfrei.

Diese soziale Unfreiheit hebt die Konsumgenossenschaft für die Träger der in ihrer Wirtschaftssphäre schaffenden Arbeitskräfte auf. Sie macht die Arbeitskräfte ihrer Arbeiter deren eigenen Nutzen dienstbar, zieht aus ihnen keinen Kapitalnutzen und fordert von ihnen keinen Kapitaltribut, befreit sie aus dem Abhängigkeitsverhältnis zum Privatkapital. Sie läßt die Inhaber der Arbeitskräfte für sich selbst schaffen und wirken. Sie kennt keine Abhängigkeit der Arbeit vom Kapitalbesitz, kein kapitalistisches Arbeitsverhältnis.

Daß es so ist, wird derjenige, welcher die Stellung der Beschäftigten zum Unternehmen nur nach der äußeren Struktur betrachtet und beurteilt, nicht erkennen können. Wohl wird er so schon unbestritten lassen, daß die Konsumgenossenschaften in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — wenn er objektiver Beobachter ist — entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit vorbildlich sind. Weil die Dinge leider häufig nicht in ihrer Wesenheit, sondern nur in ihrer Form besehen werden, trifft man bedauerlicherweise nicht selten bei Beschäftigten der Konsumgenossenschaft und Nicht-Beschäftigten die Meinung an, daß der Arbeiter und Angestellte einer Konsumgenossenschaft zu ihr in wesentlich gleichem Verhältnis stehe wie der Arbeiter und Angestellte zu einem Kapitalunternehmen. Diese Meinung ist nicht nur falsch, sondern auch angehen, der Entwicklung der Konsumgenossenschaft nicht förderlich zu sein.

Warum besteht in der Konsumgenossenschaft kein kapitalistisches Arbeitsverhältnis? Der Arbeiter, Angestellte und Beamte eines Kapitalunternehmens steht hier zu einem oder mehreren Kapitalisten, welche die alleinigen Besitzer der Unternehmung sind, in Beziehung. Sie stellen die Arbeitskräfte in ihren Dienst allein zugunsten des Privatkapitals. Der Beschäftigte steht als Veräußerer seiner Arbeitskraft einem oder mehreren Eigentümern eines Profitunternehmens gegenüber. In der Kapitalunternehmung ist der Beschäftigte nicht selbst Eigentümer der Produktionsmittel, nicht selbst Besitzer des Unternehmens. Eigentümer der Produktionsmittel ist ein anderer, der die Arbeitskraft des Beschäftigten zu seinem, nicht dessen Vorteil kauft.

Die Stellung des Beschäftigten zu den Produktionsmitteln kennzeichnet die Art des Arbeitsverhältnisses. Es ist ein kapitalistisches Arbeitsverhältnis, wenn der Beschäftigte in Beziehung zu einem oder mehreren Unternehmern steht, welche die alleinigen Eigentümer der Produktionsmittel sind, von welchen er geschieden ist. So ist es in den Kapitalunternehmungen, den Betrieben der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

In der Konsumgenossenschaft hingegen steht der Beschäftigte nicht zu einem oder mehreren Kapitalisten, die allein die Besitzer des Unternehmens sind, in Beziehung. Er steht vielmehr in dem Verhältnis zu einem Unternehmen, dessen Mitbesitzer er in der Gemeinschaft aller Genossenschaftler selbst ist, also zu seiner eigenen Genossenschaft, soweit er natürlich Genossenschaftler ist, was jeder Arbeiter und Angestellte ja werden kann. Er ist Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person, also unabhängig von einer Macht, die allein über seine Arbeitskraft bestimmt. Das Abhängigkeitsverhältnis, welches das kapitalistische Arbeitsverhältnis ist, besteht in der Konsumgenossenschaft nicht, da ihre Beschäftigten gleichzeitig Mitbesitzer der Produktionsmittel sind.

An dieser Tatsache ändert absolut eine der in kapitalistischen Wirtschaftsbetrieben vorhandenen Organisationen ähnliche Organisation nichts. Selbstverständlich und notwendigerweise untersteht der Beschäftigte in der Konsumgenossenschaft direktivegebenden Organen, dem Vorstand, dem Aufsichtsrat, und den von diesen Verwaltungskörperschaften bestellten Personen, die die Arbeit lenken, leiten und kontrollieren. Wer aus der Art der Stellung der Beschäftigten in der Konsumgenossenschaft die Deduktion zieht, in der Genossenschaft nun tun und lassen zu können, was man mag, ein Leben nach eigenem Sinn, vielleicht ein Schlaraffenleben zu führen, der hat wegen seiner Unkenntnis über das Abc der

Wirtschaft keinen Raum in der genossenschaftlichen Gemeinschaft. Eine hochentwickelte, disziplinierte Organisation ist in der Konsumgenossenschaft nicht minder erforderlich wie anderswo, will die Konsumgenossenschaft wachsen und gedeihen, ihren Zweck, ihren Genossen den höchstmöglichen Nutzen zu bringen, erfüllen. Anspannung aller Kräfte, systematische Kontrolle der Arbeitsleistung und des Verbrauchs an Material, Entwicklung und reifliche Ausnutzung aller technischen Mittel usw., kurzum höchste Durchorganisation nach innen und außen ist nur zum Segen der Genossenschaft wie ihrer Mitglieder. Je disziplinierter sie sie durchführt, um so kräftiger entwickelt sie sich auch dadurch und zieht durch den damit verbundenen steigenden Nutzen für die Genossen neue zu sich. Infolge der durch den Zustrom neuer Genossen wachsenden Menge der Konsumgenossenschaft übertragenen wirtschaftlichen Aufgaben macht sich wieder die Einstellung neuer Kräfte notwendig, die dann ebenfalls der Herrschaft des Kapitals entzogen werden. Der zunehmende Umfang, die wachsende Stärke konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftstätigkeit steigert die Wirkung der ihr innewohnenden sozialen Tendenz zur Befreiung der menschlichen Arbeitskräfte vom Kapitalbesitz.

Wie gesagt, eine solche der Organisation der Kapitalunternehmungen ähnliche Organisation ändert absolut nicht das geringste an dem antikapitalistischen Arbeitsverhältnis, an dem Charakter der Konsumgenossenschaft als Arbeitsgemeinschaft, die keine Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapitalbesitz kennt. Die leitenden Organe und Personen sind nicht die alleinigen Eigentümer der Genossenschaft, sind auch ferner nicht kraft eigenen Willens geworden, was sie sind, sondern durch Beschluß der Beschäftigten als Genossenschaftsmitglieder und ihrer Mitgenossen als Erste unter Gleichen zur Leitung berufen. Bei der Bestellung der Organe haben die Beschäftigten als Genossenschaftler mitgewirkt, jedenfalls hatten sie in letzterer Eigenschaft das Mitbestimmungsrecht bei der Berufung ihrer Vorgesetzten. Die in der Konsumgenossenschaft Beschäftigten arbeiten nicht für den Vorteil einzelner, nicht für den Kapitalprofit von Privatunternehmungen, sondern für den Gemeinschaftsbesitz, für ihr eigenes Unternehmen. Hiermit schaffen sie für sich selbst als Verbraucher von Wirtschaftsgütern wie für den gesamten Kreis der zu einer Wirtschaftsgemeinde vereinten organisierten Verbraucher.

Mag also auch die Stellung der Beschäftigten untereinander hinsichtlich ihrer beruflichen Aufgaben verschieden, mag auch die Lohnhöhe absolut unterschiedlich, mögen auch vollkommenste Technik usw. vorhanden sein, maßgebend für die Beurteilung des Arbeitsverhältnisses — ob kapitalistisches oder antikapitalistisches — ist allein die Stellung des Beschäftigten zum Unternehmen, der menschlichen Arbeitskraft zu den Produktionsmitteln.

Es sei noch auf eine weitere Erscheinung hingewiesen, die auch bei der Argumentation gegen die Behauptung über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis als antikapitalistisches herangezogen wird. Die Tatsache, daß den Beschäftigten in der Konsumgenossenschaft ebenso wie in einem Privatunternehmen ein Teil ihres Arbeitsertrages einbehalten wird, beweist nicht, daß in der Konsumgenossenschaft ein kapitalistisches Arbeitsverhältnis besteht, und rechtfertigt auch nicht den Schluß, daß diese Einbehaltung Ausbeutung der Arbeitskraft sei. In dem kapitalistischen Arbeitsverhältnis ist der vom Kapitalunternehmen einbehaltene Betrag — nach Karl Marx der Mehrwert — ausgebeuteter Betrag.

Die Konsumgenossenschaft behält einen Teil des Arbeitsertrages ein. Sie soll es nicht nur, sondern sie muß es auch tun, will sie den Ausbau ihres wirtschaftlichen und technischen Standes. Der Unterschied in diesem Falle zum Gebaren der Kapitalunternehmungen liegt aber doch darin, daß der einbehaltene Teil des Arbeitsertrages eine seiner Bestimmung in der Kapitalgesellschaft völlig entgegengesetzte Aufgabe hat. Dort dient er dem Profit, und zwar der persönlichen Lebenshaltung des Privateigentümers, der Unternehmung oder auch deren Erweiterung, an dem der Arbeiter keinen Anteil als Besitzer hat. Der von den Privatunternehmen einbehaltene Teil des Arbeitsertrages ist Ausbeutung im ökonomischen Sinne. Er dient in der Genossenschaft hingegen dem gemeinsamen Verbraucherinteresse und damit auch dem Besten der genossenschaftlichen Arbeiter und Angestellten. Sie brauchen nur ihren Bedarf an Wirtschaftsgütern in ihrem eigenen Unternehmen zu decken; sie haben sich lediglich ihrer Eigenschaft und Pflicht als organisierte Verbraucher bewußt zu sein.

Die Stellung der Arbeitskraft in der Konsumgenossenschaft bedeutet für deren Träger völlige Befreiung aus dem Abhängigkeitsverhältnis zum Kapital, soziale Unabhängigkeit.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist auf soziale Höherentwicklung gerichtet. So hat sie sich auch von jeher die Pflicht auferlegt, in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorbildlich zu wirken, auch schon zu jener Zeit, wo ihr in den Kleinhändlern und Bäckern mit ihren billigen Arbeitskräften und in der Heim- und Gefängnisarbeit die größten Konkurrenten entgegenstanden.

Irrig ist es zu meinen, der Lohn müsse sich nach dem durch die Arbeit der Beschäftigten geschaffenen nutzbaren Werte bemessen. Das hergestellte Arbeitsprodukt bedeutet noch bei weitem nicht das Vorhandensein realen Wertes, der allein eine Lohnzahlung gestattet. Durch die Herstellung eines Gutes ist ihm der endgültige Wert noch nicht gegeben. Wohl befindet sich in dem erzeugten Gut Wert; dieser kommt aber nur der vorgetanen Arbeit gleich. Der endgültige Wert realisiert sich erst bei der Veräußerung des Gutes. Der Verbraucher erst bestimmt den Wert einer Ware. Tritt er nicht in Aktion und nimmt das Gut nicht ab, dann bleibt der Wert des Gutes, der Verbrauchswert, unrealisiert.

Der Lohn, die Gegenleistung für Arbeitswert, wird aus dem Wert des Gutes, der durch den Konsum realisiert wird, genommen. Der Lohn, ein Teil des realisierten Wertes, kann nicht geboten werden, wenn das Gut unverwertet bleibt. Nutzlos, ohne Wert sind der Genossenschaft die noch so guten Güter — und mögen sie auch alle Läger füllen —, wenn sie nicht in die Konsumtionsphäre übernommen werden.

Der Lohn darf sich also nicht nach dem durch die Arbeit der Beschäftigten geschaffenen nutzbaren Wert bemessen. Der Verbrauch ist der Faktor, der bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmend ist. Erst müssen die Mittel vorhanden sein, welche die Lohnzahlung ermöglichen. Diese Mittel schaffen, liegt in dem Vermögen der Beschäftigten selbst als organisierte Verbraucher wie aller Genossenschaftler. Je mehr der Genosse in seiner Genossenschaft „kauft“, je mehr Genossen sich der Konsumgenossenschaft zugesellen und auch von ihr ihren Bedarf befriedigen, desto größeren wirtschaftlichen Nutzen genießt die Eigenhauswirtschaft und desto größer ist auch der Konsumgenossenschaft Vermögen, die Lohnbedingungen ihrer von der Kapitalherrschaft befreiten Arbeiter noch besser zu gestalten.

Die Vorbildlichkeit der Konsumgenossenschaften auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bleibt unberührt. Achtstundentag, guter, gerechter Lohn, Unterstützung bei Krankheit und Alter, sozial einwandfreie Betriebe auf der Grundlage entwickelter Technik usw. waren den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stets eine Selbstverständlichkeit. In diesem Zusammenhang sei kurz einer segensreichen sozialen Einrichtung für die Beschäftigten der Konsumvereine des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und ihrer Zentralen, der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, gedacht. Ihr gehörten am 1. Juli 1928 26 794 Versicherte an; das Kassenvermögen betrug am 31. Dezember 1927 15 192 882,36 Mk. Im letzten Berichtsjahr (1927) wurden an Invalidenrenten 486 112 Mk., an Witwenrenten 214 170 Mk., an Waisenrenten 16 108,70 Mk., an Altersrenten 244 822 Mk., an Kriegsinvalidenrenten 1308 Mk., an Kriegerwitwenrenten 11 590 Mk. und an Kriegerwaisenrenten 1976,20 Mk., zusammen 976 886,90 Mk. an Renten gezahlt. Seit 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1927 betragen die Versicherungsleistungen der Pensionskasse: an Invaliden- und Altersrenten 1 689 616 Mk., Witwen- und Waisenrenten 694 022,05 Mk., Kriegsinvalidenrenten 4905 Mk. und Kriegerwitwen- und -waisenrenten 54 070,55 Mk., zusammen 2 442 613,60 Mk.

Es liegt in der Befreiung der menschlichen Arbeitskraft aus dem kapitalistischen Arbeitsverhältnis, in dem das Kapital von fremder Arbeit Tribute fordert, in der Gestaltung vorbildlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Moment von hoher sozialer Bedeutung. Das Selbstbestimmungsrecht der genossenschaftlichen Arbeiter über den Betrieb, über die Verwendung der Mittel, über ihr eigenes Arbeitsverhältnis, die Verwendung ihrer Arbeitskraft nicht für fremdes Interesse, sondern für sich selbst, die Selbstverwaltung, die Selbstständigkeit der Arbeiter und das Mitverfügungsrecht sind doch Erscheinungen konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsweise von sozial befreiender Wirkung. Sie ist noch um so höher, da sie sich nicht nur auf die genossenschaftlichen Arbeiter erstreckt, sondern auch hinübergreift in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den kapitalistischen Betrieben. Das kapitalistische Arbeitsverhältnis bleibt allerdings gemäß dem Wesen der Kapitalunternehmungen bestehen, solange es Kapitalunternehmungen gibt, aber die Stellung der Beschäftigten in diesen kapitalistischen Betrieben wird zweifellos durch die sozial befreiende Wirkung der Konsumgenossenschaften nicht unerheblich beeinflusst und gemildert. Der Konsumgenossenschaft (merkenswerte soziale Tendenz zur Be-

freiung aller Arbeitskräfte aus dem Hörigkeitsverhältnis zum Kapital werden weitere Erfolge beschieden sein, ihre beachtenswerte Bedeutung, die ihr in der Besserung der sozialen Verhältnisse der Menschen überhaupt zukommt, wird weitere höhere Grade erreichen. Schreitet nämlich die Konsumgenossenschaftsbewegung so weiter wie bisher, ist dieses gewiß.

Wilhelm Lukas.

## Rudolf Wissell, sechzig Jahre

Der jetzige Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell wurde am 8. März 1929 sechzig Jahre alt. Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, aus Anlaß dieser Altersstufe einen kurzen Rückblick auf die Wirksamkeit bedeutender und bekannter Arbeiterführer zu geben. Wissell ist nun in der Tat ein bedeutender und anerkannter Arbeiterführer. Seit seinen jungen Jahren steht er in der Gewerkschaftsbewegung und schon mit zwanzig Jahren (also vor vierzig Jahren!) übernahm er in Kiel den Vorsitz eines Fachvereins der Metallarbeiter, die damals, wie die meisten Verbände, keine einheitliche Zentralorganisation kannten. Erst nach Ablauf des Sozialistengesetzes 1890 vollzog sich allmählich der Zusammenschluß der vielfach verbotenen und unterdrückten Fachvereine und Berufsgewerkschaften. Damit war auch die Wirksamkeit der einzelnen Gewerkschaftsführer eine erheblich größere

geworden. Bereits im Jahre 1901 wurde Wissell Arbeiterssekretär in Lübeck, von wo er dann im Jahre 1908 in das zentrale Arbeiterssekretariat der damaligen Generalkommission (jetzt ADGB) berufen wurde. Hier war er bis Anfang 1919 tätig. Er wurde, nachdem die Unabhängigen aus der Volksregierung ausgeschieden, in den Rat der Volksbeauftragten berufen. Später trat er als Reichswirtschaftsminister in die Reichsregierung, nachdem er zuvor in die Nationalversammlung gewählt worden war. Er versuchte damals mit großer Energie, entsprechend den zahlreichen Plänen der Sozialisierungskommission, eine Planwirtschaft



herbeizuführen. Da ihm der Widerstand der Regierung zu groß erschien, trat er von diesem Posten zurück und übernahm im ADGB-Bundesvorstand die Leitung der wirtschaftspolitischen Abteilung. Von 1920 bis 1923 gehörte er selbst dem Bundesvorstand an. Dann übernahm er den sorgenreichen Posten eines Sachrichters für Groß-Berlin, der naturgemäß nicht immer im Kreise der Arbeiterschaft uneingeschränkte Anerkennung finden konnte. Fest steht aber, daß auch in dieser Stellung Wissell eine große Autorität bei den Arbeitern und Arbeitgebern genöß. Unter anderem wirkte er auch einmal im Zentralauschuß unseres Verbandes als unparteilicher Vorsitzender.

Seit dem Sommer 1928 gehört Wissell der neuen Regierung an als Reichsarbeitsminister. Damit übernahm er das Erbe des bekannten Zentrumsmannes Dr. Brauns, der in der Arbeiterschaft heute noch stark umstritten ist in bezug auf seine Wirksamkeit. Auch hier muß, um objektiv zu bleiben, gesagt werden, daß der Posten eines Reichsarbeitsministers in gegenwärtiger Zeit nicht ganz leicht ist, insbesondere, solange der Haushaltsplan so unbefriedigende Ziffern aufweist und Deutschlands Wirtschaft durch Reparationen sowie die starke Arbeitslosenziffer erheblich niedergedrückt wird.

Wissell gehört dem Reichstag seit 1918 an. Auch im Reichswirtschaftsrat war er von 1920 bis 1924 tätig. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1928 trat er mit einer gut aufgenommenen und beachtenswerten Programmrede auf. Die Universitäts-Kiel hat vor wenig Tagen den Dokortitel honoris causa (ehrenhalber) an Wissell verliehen unter Hinweis auf seine Leistungen für das deutsche Volk sowie insbesondere auch wegen Wissells neues Werk „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit.“

Uns verbinden mit Rudolf Wissell jahrzehntelange persönliche Beziehungen. Aus diesen heraus ist zu sagen, daß es wohl selten einen Arbeiterführer gegeben hat, der es mit seinen Aufgaben so ernst nimmt und der gleichzeitig versucht, den Dingen so gründlich nachzugehen, als das eben die Verhältnisse ermöglichen. Wissell wird auch an der Stelle, wo er heute steht, gleichzeitig und in erster Linie daran denken, dem Wohle der Arbeiterschaft zu dienen; denn diese Arbeiterschaft in ja überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes.

E. D.

## Gas, Elektrizität, Wasser

Konferenz der kommunalpolitisch tätigen Sozialdemokraten Niederschlesiens gegen Gasfernversorgung. Diese Konferenz tagte am 3. März in Liegnitz. Kollege Orlopp hielt ein Referat über die historische Entwicklung der Gasversorgung als Privat- und öffentliches Unternehmen. Er betonte dabei, daß die Gasfernversorgung, die nur einen Teil des Abgases der Kokerei in Deutschland zu verwenden imstande ist, neben scheinbaren Vorteilen viele Nachteile in kommunalwirtschaftlicher Hinsicht für die Kommunen zu bringen geeignet ist, und daß für die Sozialdemokratie der Grundsatz öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Eigentums an derartigen Monopolen unbedingt im Vordergrund aller Erwägungen stehen müsse. Auch von dem ersten Diskussionsredner, Genossen Janschek vom Bergarbeiterverband, der die in Einzelheiten abweichende Stellungnahme der Bergarbeiter darlegte, wurde dieser Grundsatz als primär anerkannt. An der Diskussion beteiligten sich weiter die Genossen Lehmann-Hirschberg, Doigt-Breslau, Röhler-Dittersbach, Frey-Breslau, Lehmann-Breslau, Gärtner-Görlitz, Stanislawski-Glogau und Genossin Neisser-Breslau. Es wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen und beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die sich noch im einzelnen mit den besonderen Fragen der niederschlesischen Gasfernversorgungsprojekte zu beschäftigen hat. Die Entschließung lautet:

„In der Gasfernversorgung sind alle privat-monopolistischen Pläne zurückzuweisen, und die Gasfernversorgung durch private Gesellschaften abzulehnen. Um das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu sichern und ihren überwiegenden Einfluß in der Ferngasversorgung Niederschlesiens zu erreichen sowie die Gemeinden vor ungünstigen Vertragsabschlüssen zu schützen, wird die Beteiligung der Provinz Niederschlesien an der Gasfernversorgung mit maßgebendem Einfluß gefordert. Weiter fordern wir, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten für die baldige Schaffung eines Reichskommunalförderungsgesetzes, wie es in den kommunalpolitischen Richtlinien der Sozialdemokratie gefordert wird, eintreten.“

## Landstraßenwärter

Kreis Rinteln. In der Versammlung der Landstraßenwärter am 3. März referierte Kollege Meißner über die vom Verbandsvorstand geplante Invalidenversicherung. Redner erklärte den Anwesenden die außerordentlichen Vorzüge, die diese Invalidenversicherung des Verbandes für die Kollegen bringt. Die Diskussion hierüber war außerordentlich lebhaft und alle Kollegen waren hoch erfreut, daß eine derartige Einrichtung vom Verbandsvorstand gemacht wird. Dann wurde über die Ruheohnversorgung der Wärter gesprochen. Die Ruheohnversorgung der Provinz Hessen-Nassau ist ebenfalls ungenügend, und beim Kreise Rinteln ist es nicht besser, obwohl vom Verband wiederholt versucht wurde, eine Versorgung durchzuführen. Die Kollegen des Kreises Rinteln sind somit geschädigt gegenüber den Kollegen in der Provinz Hannover. Es wurde daher beschlossen, nochmals eine Versammlung einzuberufen, wo zu der Ruheohnversorgung Stellung genommen werden soll, und dazu sollen Vertreter des Kreis Ausschusses geladen werden. Die Versammlung soll, um die Sache zu beschleunigen, in nächster Zeit stattfinden. Eine lebhafte Debatte sollte noch die Regelung der Arbeitszeit aus. Hier gingen die Meinungen weit auseinander. Da aber die Tarifverträge für das Landesbauamt eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit und der Pausen vorsehen, muß auch hier versucht werden, diese für alle Wegemeisterbezirke einheitlich durchzuführen. Der Betriebsrat wird also nochmals zur ganzen Frage Stellung nehmen müssen. Im übrigen konnte festgestellt werden, daß die Kollegen unserer Organisation geschlossen angehören.

## Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Hamburg-Niederelbe-Lübeck. Der Jahresbericht des Hamburger Bezirks bringt in seiner Einleitung eine Reihe von Andeutungen und Beispielen der sich an der Wasserkante rapide vollziehenden wirtschaftlichen und politischen Umstellungen. Besonders beachtenswert ist der geplante preußisch-hamburgische Vertrag zur Errichtung einer Hafengemeinschaft, die bei Durchführung einschneidende Bedeutung für die jetzt im hamburgischen Regiobetrieb stehenden Hafensbetriebe, wie Staatskaai, Strom- und Hafensbau sowie Hafensbahn auslösen wird. Sicher ist jedoch das eine, daß die geplante Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Ländern nicht zum Schaden des gesamten Wirtschaftslebens in dem von unserer Organisation vorausschauend bereits vor Jahren geschaffenen Bezirk sein wird. Dazwischen hinein spielen die zwischen Hamburg und den Nachbarkästen Wilhelmsburg, Harburg, Altona nebst eingemeindeten Vororten Wandsbek-Stormarn und der Hansestadt Lübeck teils bereits getätigten, teils noch im Verhandlungsstadium sich befindenden Vereinbarungen über

gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs- und des Gefängniswesens und der heil- und Lügeanlagen. Dazu kommen Notwendigkeiten über Verstärkung in Schlicht- und Viehhoffragen, für gemeinschaftliche städtische Reinigung, Abfuhr und Müllbeseitigung, Landesplanung, Sanierung und Wohnungsbau. Die umgeformten Hamburger, Lübecker und Altonaer Gas- und Wasserwerke stehen in reger Verbindung. Ausdehnung des Gasrohrnetzes bis ins Lauenburger Gebiet dient nicht allein rein hamburgischem Bedarf. Die energischen Bemühungen der hamburgischen und Altonaer Wasserwerke, die Bevölkerung von dem Verbrauch des immer stärker verseuchten Elbwassers zu erlösen und so Sicherung gegen Seuchen und sonstige Massenkrankheiten zu schaffen, haben zu großem Fortschritt, wenn auch mit Aufwendung hoher finanzieller Mittel geführt. Die Gründung einer Tochtergesellschaft der Hamburger Wasserwerke im Bereich der nördlich liegenden Seen wird völlige Befreiung vom Elbwasser und Versorgung des ganzen Gebietes bringen. Die hier nur kurz ange deutete Entwicklung wird nicht ohne Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse der städtischen und staatlichen Arbeiter des Bezirkes bleiben, obwohl bereits ein einheitliches Lohngebiet vorhanden ist. Der Bericht gibt dann weiter Aufschluß über den Stand der Gewerkschaftsarbeit in bezug auf Ergänzungen des Reichstarifs, der Lohnentwicklung und dazugehörigen Lohnordnungen. Fortschritt und Weiterausbau zugunsten der Arbeitnehmer ist daraus ersichtlich. Für die dem Verband angehörige Angestellten- und Beamtengruppen und darüber hinaus im AVB. vereinigten Mitgliedergruppen konnten durch einflußreiche parlamentarische Vertretung wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Das Kapitel „Betriebsräte“ gibt Aufschluß über deren Einfluß, Mitwirkungsrecht und Stellung zu Staat, Magistrat und Behörden. Erwähnenswert ist die einmalige Bewilligung einer Summe von 1750 Mk. für die hamburgischen Betriebsratsvorsitzenden zur mehrtägigen Besichtigung des Deutschen Museums in München. Diesem Vorhaben Hamburgs schlossen sich auch die Nachbarkästen, die umgeformten Werke und der Staat Lübeck an. Zugleich ordnete der hamburgische Senat an, daß für das Rechnungsjahr 1929 aus dem im Haushaltsplan eingeleiteten Konten für Dienstreisen usw. nunmehr auch die Betriebsräte nach Verstädnigung mit ihren Behörden die erforderlichen Mittel für Erweiterung ihres Wissens und vergleichender Besichtigung von Neueinrichtungen erhalten können. Innere Organisation und Verwaltung zeigen Stetigkeit und großzügigen Ausbau. Die Kasseneberung ist günstig. Zu dem in der Inflation angekauften Urlaubsheim „Urdeloh“ in der Lüneburger heide haben sich zwei weitere, ein Hochwald- und ein Seeheim gesellt. Die Mitgliederzahl stieg bis Jahreschluß 1928 auf 26 639. Alles in allem zeigt der Bericht gesunde Aufwärtsbewegung und Möglichkeit weiterer Entfaltung in kommender Zeit.

Am 1. März hielt der Bezirk seine Generalversammlung ab. Der große Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses reichte gerade für die Zahl der Mitgliedervertreter aus. Abgesehen von kleinsten Mängelheiten eines kommunistischen Redners erkannten alle übrigen Redner die Tätigkeit der Verbandsleitung und die dadurch erreichte Weiterverbesserung der für die Arbeitnehmer in Betracht kommenden Verhältnisse an. Bei der Wahl der festangestellten Vorstandsmitglieder unterbreiteten die Kommunisten auftragsgemäß eine reine Parteiliste, die zunächst große Heiterkeit auslöste, bei der Abstimmung gegen zirka 20 Stimmen völlige Ablehnung erfuhr. Die bisherigen Vorsitzenden Ihle und Schulz sowie die beiden Kassierer Weikel und Rien, und der Schriftführer Hinrichs sind mit Ausnahme der oben erwähnten Stimmen einmütig wiedergewählt. Gegen die in den Gruppenversammlungen aufgestellten Beisitzerkandidaten waren Gegenvorschläge nicht eingereicht. Die Versammlung bestätigte die Vorschläge der Gruppen. Der Vorstand setzt sich für dieses Jahr, außer den oben genannten Angestellten, aus den Kollegen: R. Qualek, H. Pöpke, A. Möller (Baubehörde), A. Steinmetz (Gaswerke), H. Langolis (Wasserwerke), H. Kirchner (Staatskaai), Aug. Schmedemann (Gesundheitswesen), H. Rähmann (Kleinbetriebe), H. Seemann (Altona), E. Busch (Harburg) zusammen. Dazu kommen mit beratender Stimme der Vertreter der Beamten- und Angestellten, H. Magener, und der jeweilige Obmann der Revisoren. Die Zahl der letzteren wurde infolge der schwieriger gewordenen Kassenverhältnisse von vier auf sechs erhöht, so daß eine Unterteilung für Filialkassen, Vermögensverwaltung und Heimverwaltung ermöglicht ist.

Berlin. (Zur Lohnbewegung der Kammerei- und Werkarbeiter.) Die im Vorjahr abgeschlossenen Lohnverträge für die Kammereitarbeiter sowie für die Arbeiter bei den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wurden zum 28. Februar 1929 bei den Werkbetrieben, zum 31. März 1929 bei den Kammereibetrieben gekündigt. Die vereinigte Tarifkommission, einschließlich Gasbetriebsgesellschaft, beschäftigte sich in einer Sitzung am 11. Februar mit der Frage der Kündigung dieser Verträge und beschloß einstimmig, von der zulässigen Kündigung Gebrauch zu machen. Von dem im Bereich der Filiale Berlin abgeschlossenen 36 Lohnverträgen sind bis zum 31. April 1929 etwa 19 Verträge kündbar. In dieser gemeinsamen Sitzung der Tarif-

Kommissionen für die Kammerei- und Werkarbeiter wurde beschloffen, eine Forderung auf Erhöhung der derzeitigen Lohnsätze um 15 Pf. pro Stunde zu erheben. Des weiteren wurde für die Kammereiarbeiter beantragt, die bei der Stadtentwässerung beschäftigten Kanal- und Werkarbeiter in die Lohngruppe 3 und die Arbeiter der Parkverwaltung, mit Ausnahme derjenigen, die nur Reinigungsarbeiten ausführen, in die Lohngruppe 2 des Lohn-tarifses einzugruppieren. Für die Elektrizitätswerkarbeiter wurde darüber hinaus beantragt, die Maschinisten, Heizer, Kranführer, Speiser und Zubringer in die Lohngruppe 1a zu überführen und die Hitzezulage einheitlich, bei Arbeiten in einer Temperatur von 45 Grad ab, zu gewähren. Bei den städtischen Gas- und Wasserwerken wurde gefordert, die Rohrlegerpoliere nach Lohngruppe 6 zu überführen und die Bestimmungen für Frauen- und Kinderzulage auf die bei der Stadtgemeinde Berlin gültigen Bestimmungen zu erweitern. Nachdem diese Forderungen den Direktionen der Werke und dem Kommunalen Arbeitgeberverband überreicht waren, fanden bei den städtischen Gas- und Wasserwerken die ersten Lohnverhandlungen am Mittwoch, dem 6. März, statt. Wir haben unsere Forderungen in etwa 1½stündigen Verhandlungen eingehend begründet. Die Vertreter der Direktionen der Gas- und Wasserwerke erklärten, daß eine Erhöhung der Löhne für das Jahr 1929 nicht gewährt werden könne und demzufolge jede Lohn-erhöhung abgelehnt werden müsse. In der Fortsetzung der Ver-handlungen gelang es, die Direktionen zu bewegen, ihre Er-klärung einer nochmaligen Nachprüfung zu unterziehen. Die Verhandlungen wurden daher kurzfristig vertagt. Am 8. März fanden die Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeber-verband, als Vertreter der Stadtgemeinde Berlin und der Städti-schen Oper A.-G., statt. Auch in diesen Verhandlungen wurden die Forderungen der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen und der Arbeiter der Städtischen Oper in mehrstündigen Verhandlungen begründet. Der Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbandes erklärte, daß eine weitere Erhöhung des Lohnniveaus der Arbeiter-schaft grundsätzlich erwünscht wäre, daß aber die derzeitigen wirt-schaftlichen Verhältnisse sowie die innen- und außenpolitischen Um-stände eine Erhöhung der Löhne nicht gestatten. Da der nochmalige Versuch, im Wege der freien Vereinbarung zu einer Verständigung zu kommen, negativ verlief, mußten die Verhandlungen als ge-scheitert betrachtet werden. Die Organisationsleitung sah sich daher veranlaßt, nunmehr sofort die tarifliche Schiedsstelle anzurufen.

**Karlsruhe.** In der Generalversammlung gab Kollege Koch den Geschäfts- und Kassenbericht. Einleitend dazu führte er aus, daß die Wirtschaftskrise eine Form angenommen hat, die sich nur beurteilen läßt an der erschreckenden Ziffer der Erwerbslosigkeit. Mit einem Beschluß des Stadtrats, daß alte, in der allgemeinen Für-sorge stehende Arbeiter den städtischen Betrieben zugewiesen werden müssen, soweit Verwendbarkeit möglich ist, hat man auch die städtischen Betriebe unter den Druck der Verhältnisse gepreßt. In-sgesamt werden zurzeit in den Betrieben der Städte Karlsruhe und Ettlingen 1508 männliche und 91 weibliche Personen, ins-gesamt 1603 beschäftigt. In den Staatsbetrieben 212 männliche und 24 weibliche gleich 236 Beschäftigte. Von den in städtischen und staat-lichen Betrieben insgesamt 1839 Beschäftigten sind insgesamt 1595 bei uns organisiert. Das ist ein gutes Ergebnis, das aber noch mehr verbessert werden muß. Ruheohnberechtigt sind 27,3 Proz. sämtlicher Arbeiter. Die Löhne der Gemeindearbeiter, sowohl auch der Staatsarbeiter sind tariflich geregelt. Die Lohnabkommen wur-den jedoch zum 31. März 1929 gekündigt. Erfreulich ist die Fest-stellung, daß weit über 1000 Kollegen schon seit 5 Jahren in der Organisation sind. Ueber 3 Jahre 220, über 1 Jahr 322 und im ersten Jahr 171. Zum Kassenbericht wurde folgendes ausgeführt. An Beiträgen wurden abgeleitet 68 215 Mk. gegenüber 62 500 Mk. im Vorjahr. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 36 104,27 Mark, demgegenüber stehen Ausgaben in Höhe von 12 031,70 Mk. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 34 435,73 Mk. und eine Aus-gabe von 32 172,60 Mk. Der Lokalkassenbestand beträgt 4263,12 Mark. Der Geschäftsleitung und Ortsverwaltung wurde An-erkennung für ihre mühevollen Arbeit gezollt. Die alte Ortsver-waltung wurde per Akklamation wiedergewählt.

**Schwerin i. M.** In der gut besuchten Generalversammlung am 31. Januar gab der Vorsitzende, Kollege Dollak, den Jahres-bericht und Kollege Kröger den Kassenbericht. Der Rückblick auf das vergangene Jahr hat gezeigt, daß auch dieses sehr reich an Wirtschaftskämpfen war. Die Unterstützung der Funktionäre und einzelner Mitglieder ist anerkennenswert. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist vor allen Dingen zu unterstreichen, daß sich die Mitgliederzahl der Filiale um 152 erhöht hat. Es wurde fest-gestellt, daß diese Zunahme an Mitgliedern seit Bestehen der Filiale die höchste war. Der Kassenbericht hat auch eine Steigerung der Einnahmen zu erkennen gegeben. An der Tätigkeit der Ver-waltung wurde wesentliche Kritik nicht geübt. Mit dem Dank an alle Funktionäre sowie auch an alle in der Bewegung mit-tätigen Kolleginnen und Kollegen wurden die Ausführungen be-endet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wieder-wahl der Kollegen Dollak, 1. Vorsitzender, Dölzer, 2. Vor-sitzender, Kröger, Kassierer. In der weiteren Zusammensetzung des Vorstandes wurden die Sektionen (Reichs- und Staatsarbeiter, Gesundheitswesen, Kammereibetriebe und ABA.) berücksichtigt.

## Rundschau

**Otto Meister †.** Am 8. März starb im städtischen Kranken-haus zu Magdeburg, nach dreijähriger Krankheit, unser Gauleiter im Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland, Kollege Otto Meister. Er war von Beruf Gasarbeiter. Schon in frühester Jugend wurde er von den Strömungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erfaßt. Ihr stellte er sich in den Dienst. Infolge seiner nie erlahmenden Hilfsbereitschaft und seines vornehmen, offenen Charakters erwarb er sich weit über den Rahmen seiner Arbeitsstelle hinaus Freunde und Vertrauen. Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt entsandten ihn schon nach kurzer Tätigkeit im Gaswerk in den Arbeiterausschuß, dessen Vorsitzender er wurde. An dieser Stelle hat er lange Jahre erfolgreich gewirkt. Neben vielen anderen erfolgreichen Arbeiten gelang es ihm mit der Organisation im Jahre 1913 für die Gasarbeiter den Achtstundentag zu erreichen. In der Mitte des gleichen Jahres wurde er von der Magdeburger Mitgliederschaft zum befohlenen Bevollmächtigten gewählt. An dieser Stelle wirkte er bis zum Jahre 1919. Dann bestellte ihn der Verbandsvorstand zum Gauleiter. Im Wirt-schaftsbezirksbureau wurde er als ein mit reichen Erfahrungen und Kenntnissen versehener Mitarbeiter geschätzt. Sein ganzes Streben war, der Gesamtheit zu dienen. Nichts war ihm zuviel, wenn er anderen helfen konnte. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit fand er Gelegenheit sich vom Jahre 1919 bis 1924 als Stadtverordneter zu betätigen. In den einzelnen Kommissionen war er ein gern gesehener Mitarbeiter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

**18,7 Millionen Arbeiter und Angestellte.** Nach dem endgültigen, vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der letzten gewerblichen Betriebszählung waren 18,7 Millionen Personen in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr tätig. Diese 18,7 Mil-lionen Arbeiter und Angestellte stellten sich folgender-maßen: Arbeiter 11 209 000 (60 Proz.), Betriebsleiter 3 358 000 (18 Proz.), Bureau- und kaufmännische Angestellte 2 279 000 (12 Proz.), technische Angestellte 976 000 (5 Proz.), mithelfende An-gehörige der Betriebsleiter 927 000 (5 Proz.). Die verhältnismäßig große Zahl der Betriebsleiter erklärt sich aus den Kleinbetrieben, besonders im Handel und im Gast- und Schankwirtschaften, wo sehr viele Betriebsleiter allein ohne Gehilfen arbeiten. In den Mittel- und Großbetrieben wurden nur 488 000 Leiter festgestellt. Die „mithelfenden Angehörigen“ der Betriebsleiter sind meist die Ehefrauen und Töchter. Sie kommen hauptsächlich im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe vor. — Die über 11 Millionen Gehil-fen und Arbeiter — Handwerksgehilfen und Lehrlinge, „ge-lernte“, „angelernte“ und „ungelernte“ Arbeiter — entfallen mit mehr als vier Fünfteln auf Industrie und Handwerk. In den Be-trieben mit über 50 Personen waren hier über 6,1 Millionen Arbeiter tätig, von denen über 1,8 Millionen auf die Großbetriebe mit über 1000 Personen kommen. Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten beim Bergbau, der Eisen- und Metall-gewinnung und der Industrie der Steine und Erden beträgt jeweils durchschnittlich 90 Proz. Im Handel dagegen sind im Verhältnis zu den Betriebsleitern und Angestellten nur 17 Proz. Arbeiter be-schäftigt. Im Verkehrswesen machen die Arbeiter etwa die Hälfte des Personals aus. — Die Zahl der Arbeiterinnen beläuft sich insgesamt auf 2 450 000. Rund 20 Proz. der gewerblichen Ar-beiter-schaft sind Frauen. Sie sind vorwiegend in der Textilindustrie und im Bekleidungs-gewerbe tätig. Die Bureau- und kaufmänni-schen Angestellten zählen am stärksten im Handel, und zwar mit über der Hälfte. Den verhältnismäßig größten Verwaltungs-apparat weisen die mittleren Betriebe auf, die 11 bis 200 Men-schen beschäftigen. Je größer die Betriebe werden, mit um so weniger Personal können hier die allgemeinen Verwaltungs-arbeiten erledigt werden.

## Verbandsteil

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Wir weisen nochmals darauf hin, daß mit der 12. Beitrags-woche, das ist die Woche vom 17. bis 23. März 1929, die seitherigen roten 10-Pf.-Marken für pensionierte Mitglieder ihre Gültigkeit verlieren. An ihre Stelle treten neue Marken deselben Wertes in violetter Farbe. Die alten roten 10-Pf.-Marken können vom 17. März 1929 ab nicht mehr als Wertmarken verwendet werden. Sie sind an die Hauptkasse einzusenden.

Der Verband der neuen Beitragsmarken zu 10 Pf. für Pen-sionäre ist bereits durchgeführt. Der Verbandsvorstand.